

# Leipziger Volkszeitung

### Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit Illustr. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Beistellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534 77

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 10/21  
**Telegraphen-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telefon** 72206. — **Bertrag in Leipzig,** Tauchaer Straße 10/21 — Telefon 72206

**Inseratenpreise:** Die 10 gelb. Kolonellzeile 35 Pf., bei Plakatgröße 40 Pf., Stellenangebote 10 gelb. Kolonellzeile 25 Pf. Familiennachrichten von Privatpersonen 10 gelb. Kolonellzeile mit 50% Nachlag. Kellamezelle 2 Mk. Inzerate v. ausw.: die 10 gelb. Kolonellzeile 40 Pf., bei Plakatgröße 50 Pf., Kellamezelle 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## Der Sturz des Grafen Westarp

### Hugenberg Vorsitzender der Deutschen Nationalen

TU Berlin, 20. Oktober.

Die Vertretertagung der Deutschnationalen Volkspartei wählte am Sonnabendabend nach einer eingehenden Aussprache über innere und organisatorische Fragen den Geheimen Rat Hugenberg, M. d. R., zum Parteiführer. Hugenberg gab die Erklärung ab, daß er die Wahl annehme. Er bezeichnete es als sein besonderes Bedürfnis, dem scheidenden Parteivorsitzenden Grafen Westarp den tiefgefühltesten Dank der Partei auszusprechen.

Die Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden dürfte erst auf einer neuen Vertretertagung erfolgen. Der gegenwärtige Vertretertag der Deutschnationalen Partei wird am Sonntag mit einer Aussprache über die allgemeine politische Lage fortgesetzt werden.

WTB Berlin, 21. Oktober.

Ueber die Sonntagssitzung der Deutschnationalen Parteivertretung wird von der Deutschnationalen Pressestelle eine Mitteilung ausgegeben, in der es heißt:

Die deutschnationale Parteivertretung setzte am Sonntag, dem Tage der Zerstückelung Oberschlesiens durch das Genfer Abkommen, ihre Aussprache fort. Sie wurde durch eine kurze, von Erzfeldens Grafen v. Helldorf geleitete Gedächtnisfeier für Karl Helfferich eingeleitet. Die daran anschließende Aussprache wurde durch eine Rede des Parteivorsitzenden, Geheimrats Hugenberg, eröffnet, an die sich ein Referat des Fraktionsführers Graf Westarp schloß. Unter dem tiefen Eindruck beider Reden beschloß die Versammlung einstimmig, die Tagung ohne Aussprache zu schließen.

### Das Programm Hugenbergs

Unter dieser Ueberschrift bringt der Montag Auszüge aus den Reden des neuen Parteiführers und des bisherigen Führers der Parteivertretung der Deutschnationalen Volkspartei. Geheimrat

### Rücktritt Dr. Marx

SPD Der bevorstehende Rücktritt des Reichstagners a. D. Marx von dem Amt des Vorsitzenden der Zentrumsparlei wird von der Germania bestätigt. Das Blatt bemerkt hierzu:

Schon vor den Wahlen im Mai hat Dr. Marx diese Absicht geäußert. Man muß sich daran erinnern, daß Dr. Marx im Februar und März dieses Jahres von einer ersten und schweren Krankheit heimgekehrt war, deren Folgen auch heute noch nicht ganz behoben sind und größte Schonung erfordern. Schon damals wollte Marx aus dem Parteivorstand aus gesundheitlichen Gründen, wie in wissenden Parteikreisen bekannt war. Wenn er damals davon abließ, so geschah das nur im Hinblick auf die nahen Wahlen, einer Zeit, in der keine Partei einen Führerwechsel vornimmt. Jetzt, wo die parlamentarische Arbeit wieder beginnt und der Parteitag eine geeignete Gelegenheit bietet, hat Dr. Marx seinen damaligen Entschluß aus den gleichen gesundheitlichen Gründen durchgeführt und dem Vorstand auf der Tagung am 6. Oktober von seiner Absicht offiziell Kenntnis gegeben.

### Vertrauensvotum für Dr. Koch

SPD Berlin, 22. Oktober (Radio).

Der Vertretertag der Demokratischen Partei fand am Sonntag seinen Abschluß. Der Parteiausschuß hat mit allen gegen neun Stimmen den demokratischen Reichsinnenministern Koch und Dietrich und dem Parteivorstand sein Vertrauen ausgesprochen. Er hat eine weitere Entschlieung angenommen, in der die Ablehnung der Regelung schulpolitischer Fragen durch ein Konkordat unterzichen wird und er hat in der Panzerkreuzerfrage eine Entschlieung abgelehnt, die die bisherige ablehnende Haltung der Fraktion billigt. Es wurde jedoch betont, daß durch diesen Beschluß lediglich eine Bindung der Fraktion vermieden werden solle, daß die Demokratische Partei dem Panzerkreuzerbau aber nach wie vor ablehnend gegenüberstehe.

### Sieg der Brandlerianer in Breslau

SPD Das Organ des Leninbundes berichtet über eine Funktionsprüfung der KPD in Breslau, zu der Dahlem und Gesche vom Zentralkomitee entsandt waren, um den dortigen Polsekretär Hauken zu erledigen. In der Sekretariatsprüfung seien die KPD-Vertreter jedoch mit 5:4 Stimmen unterlegen. Auch in der engeren Wahl hätte die Abstimmung 9:9 ergeben. In der daran sich anschließenden Funktionsprüfung sei es schließlich zugunsten der KPD-Vertreter des KPD-Dahlem bei den Funktionen in Breslau der KPD minutenlang unterbrochen und ausgesetzt worden. Als man die Sitzung ohne Diskussion vorzeitig schließen wollte, hätte ein Funktionär eine Entschlieung für Hauken eingebracht. Diese sei mit überwältigender Mehrheit angenommen worden.

Hugenberg ging davon aus, daß er den Grundfah mancher Partei: „Nach uns die Sinfur“ niemals mitmachen werde. Die deutsche Politik habe es nicht erdchen können, daß sich die Hoffnungen der im wesentlichen von Helfferich durchgeführten Stabilisierung der deutschen Währung erfüllen. Die Politik Dr. Stresemanns habe nicht alle Möglichkeiten ausgenutzt. Im Gegensatz zum Ziele dieser Politik hätten sich England und Frankreich wieder gefunden, und zwar ohne Deutschland. Die entscheidende Frage der deutschen Außenpolitik sei heute nur, ob Deutschland Gefahr laufe, das Schlachtfeld der Welt zu werden.

Das ernsteste Problem der inneren Lage sei die ungeheure Verschuldung. Wenn diese Form der Wirtschaft noch 10 Jahre fortgesetzt werde, sei Deutschland ausverkauft, und das Ende der deutschen Wirtschaft sei erreicht. Es gebe dagegen nur ein Ziel: die Verbreiterung der Decke der deutschen Wirtschaft. Der häufigste Vorwurf gegen einen Politiker laufe, daß er kein Herz für die breiten Massen des eigenen Volkes habe. Politik könne nur in dem Ziel bestehen, die Lebensmöglichkeiten für die große Masse des Volkes zu verbessern. Hugenberg behandelte dann die Verfassungsfragen, ging zu Problemen der Sozialgesetzgebung über und betonte dabei, daß niemand an dem Geiste rütteln könne, der die soziale Fürsorge durchziehe.

Für die Landwirtschaft bestehe die Gefahr, daß sie in die Hörigkeit des internationalen Kapitals oder einzelner parteipolitischer Richtungen gerate. Alles materielle Gesehen sei aber nicht ohne die richtige geistige Einstellung zu lenken. Es bleibe die Aufgabe der Deutschnationalen Volkspartei, sich für die Aufrechterhaltung des deutschen Geistes einzusetzen. Dazu gehöre auch,

daß man mit den Fehlern des parlamentarischen Systems, mit den zahllosen und nutzlosen Kommissionsberatungen ein Ende mache.

Es bleibe Aufgabe der Deutschnationalen Volkspartei, die überparteilichen Kräfte der Wirtschaft und der Wehrverbände anzuregen. Eine Hoffnung habe die Dn. Vp., und das sei die Angst vor der Verantwortung, die in Wahrheit ihre Gegner beherrsche. Denn die Verantwortung bestehe nicht darin, daß man Kompromisse mache, sondern, daß man die Probleme wirklich löse.

### Die Generalratswahlen

#### Zwölf neue Sitze für die französischen Sozialisten

SPD Paris, 22. Oktober. (Radio).

Die Schlacht um die Neuwahlen der Generalräte ist geschlagen. 1511 Sitze waren neu zu besetzen, 1372 Generalräte waren im ersten Wahlgang gewählt worden, 238 blieben im zweiten Wahlgang noch zu wählen. Das Endergebnis läßt das Stärkeverhältnis zwischen Rechts- und Linksparteien vollkommen unberührt, doch innerhalb der beiden feindlichen Lager einige Veränderungen eingetreten und namentlich die Sozialistische Partei konnte gute Erfolge erzielen.

Eine vorläufige Gesamtsittizität, die das Havas-Bureau heute nacht herausgegeben hat, ergibt folgendes Bild:

Konservative	67	(bisher 69)
Rechtsparteien	389	(363)
Mittelparteien	225	(243)
Gemäßigte Sozialisten	161	(162)
Katholiken	404	(406)
Republikanische Sozialisten	58	(52)
Sozialisten	128	(112)
Kommunisten	19	(19)

Die Verdrängten bei den gestrigen Wahlen sind also die Radikalen. Zwei ihrer hervorragendsten Kandidaten, der Senator Pams und der Abgeordnete Lamoureux, sind im zweiten Wahlgang geschlagen worden. Die Verluste der Radikalen sind aber vollkommen durch den Gewinn der Sozialisten und der Republikanischen Sozialisten ausgeglichen. Allerdings hat die Sozialistische Partei eine Anzahl nicht unbedeutender Personalverluste zu beklagen. So wurde schon im ersten Wahlgang der Generalsekretär der Partei, Paul Faure, geschlagen. Im zweiten Wahlgang blieb der bekannte Abgeordnete Lebas auf der Strecke und in Straßburg wurde der Bürgermeister Peirotes von seinem kommunistischen Gegenkandidaten Huber glatt aus dem Felde geschlagen. Die Kommunisten, die im ersten Wahlgang sehr schlecht abgeschnitten hatten, konnten sich im zweiten Wahlgang gut erholen. Einen Sondererfolg erzielte der kommunistische Rechtsanwalt Berlin, der zum ersten Male in einem Wahlkreis an der französischen Riviera gewählt werden konnte. Im Elsaß sind nicht weniger als 5 Autonomen gewählt worden. Allerdings wurden im zweiten Wahlgang der autonominische Abgeordnete Dohlet in Zabern und der Buchdrucker Schall in Straßburg geschlagen.

### Polizei und Kommunisten in Trosses

WTB Paris, 21. Oktober.

Eine von der Kommunistischen Partei angelegte Kundgebung wegen der Verurteilung eines verantwortlichen Redakteurs, war von der Polizei verboten worden. Da die Kommunisten trotz dieses Verbotes demonstrierten, griff die Polizei in Stärke von 200 Mann ein und zerstreute die Manifestanten, wobei es zu einem Zusammenstoß kam, in dessen Verlauf 12 Personen verhaftet wurden.

### Marx — Hugenberg — Koch

#### Der Umschichtungsprozess im Lager des Bürgertums

Es ist durchaus nicht von ungefähr, daß gleichzeitig die Namen Hugenberg, Marx und Koch in aller Munde sind. Hugenberg ist der neuerworene Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei. Dr. Marx, der langjährige Führer des Zentrums, tritt zurück und Dr. Koch, der Repräsentant der Demokraten, benötigt ein Vertrauensvotum, um seine politische und ministerielle Tätigkeit fortzusetzen. Im Streit um das Führertum in den Parteien des Bürgertums spiegelt sich lediglich der Umschichtungsprozess wider, der im Lager des gesamten Bürgertums seit Monaten vor sich geht. Der Umbau in den Fundamenten des deutschen Wirtschaftslebens muß notwendigerweise auch eine Verschiebung im parteipolitischen Ueberbau mit sich bringen. Darum sind diese Kämpfe um das Führertum nichts anderes als Reflektionsercheinungen, die wiederum geeignet sind, die Richtung der materialistischen Geschichtsauffassung in jeder Hinsicht zu bekräftigen.

Das Zentralproblem im Kampfe der Parteien ist zur Zeit die Frage der Koalition. Dies betrifft insbesondere alle Vorgänge, die sich im Lager des Zentrums und der Demokraten bemerkbar machen. Der Panzerkreuzer beherrscht zwar noch immer die Politik des Kabinetts der Persönlichkeiten. Schon aber tritt ein anderes Problem beherrschend in den Vordergrund. Das ist die Ausbalancierung des kommenden Reichsetats, bei dessen Aufstellung der Reichsfinanzminister, Genosse Hilferding, ein Defizit von 600 Millionen Reichsmark festzustellen hatte. Die Parteien der Koalition werden zu entscheiden haben, welche der beiden großen Gesellschaftsklassen diese Lasten auf sich nehmen soll. Während der Existenz des Bürgerblocks war es für die Parteien der Bourgeoisie eine Selbstverständlichkeit, daß das Gros der Steuerlasten den Arbeitern aufgebürdet werde. Die gegenwärtige Koalition soll demgegenüber zeigen, ob dieser Zustand beibehalten werden soll und ob die vier sozialistischen Minister in der Lage sind, eine Neuverteilung der Steuerlasten herbeizuführen. Die Frage der Aufbringung neuer Steuern wird schon jetzt vorhandenen tiefgehenden Gegenjüge nicht mildern können. Dies um so weniger, als ein Teil der Zentrumsorgane die Ausbalancierung des Etats in echt jesuitischer Verzögerung auszuwerten strebt.

Insbesondere sind es Zentrumsorgane im Süden des Reiches. Die Augsburger Postzeitung und der Badische Beobachter, dem der vor Wochen viel genannte Zentrumsabgeordnete Dr. Köhler nahesteht, erklären demagogisch, daß der Neubedarf des Reiches durchaus nicht in Form von indirekten Steuern gedeckt werden darf. Dem stimmt die Sozialdemokratische Partei restlos zu. Nur charakterisiert es die Art, wie die Zentrumsleute kämpfen, daß man gleichzeitig die öffentliche Meinung in den kapitalistischen Kreisen mobilisiert, indem man gegen die im Juli herbeigeführte Senkung der Lohnsteuer Sturm zu laufen beginnt. Demgegenüber ist festzustellen, daß im ersten Halbjahr 1928 die Lohnsteuer eine Reineinnahme von 738 Millionen erbrachte, woraus sich ergibt, daß die Senkung vom Juli nicht ausreichen wird, um auch nur der Weg Brünning gerecht zu werden.

Aus diesen politischen Manövern ist erneut zu ersehen, daß das Zentrum in der Frage der Regierungskoalition zwei gegenläufige Lager aufzuweisen hat, und es ist hinreichend bekannt — seine chemische Rede hat das klar und deutlich gezeigt — daß Herr Dr. Marx, der Bürgerblockkanzler, durchaus nicht als begeisterter Anhänger der jetzigen Koalition zu bezeichnen ist. Zwar berichtet die Zentrumspresse, daß sein Rücktritt lediglich auf gesundheitliche Gründe zurückzuführen sei. Daß es aber erfolgte in den Tagen, wo die Vorbesprechungen über die „Untermauerung“ der gegenwärtigen Koalition vorgenommen werden, bezeugt, daß bei dem Rücktritt Dr. Marx politische Gründe ebenso maßgebend beteiligt waren.

Wie man auch den Rücktritt Dr. Marx' in seiner Wirkung auf die weitere Gestaltung der Zentrumspolitik bewerten möge, der Sturz des Grafen Westarp, des bisherigen Führers der Deutschnationalen, und die Proklamierung des Claß-Bußschiffen Hugenberg ist, wie die Deutsche Zeitung jubelnd schreibt, von programmatischer Bedeutung für die Schwarzweißrotten. Der Name Hugenberg ist tatsächlich ein Programm. Seine Wahl bedeutet einen gewaltigen Schritt auf dem Wege zur Verwirklichung des Faschismus im Reichsgebiet, was Hugenberg in seiner Rede durch die Kritik des parlamentarischen Systems offen und ehrlich zugestanden hat. Man muß sich vergegenwärtigen, daß Hugenberg der intellektuelle Führer des letzten Claß-Bußschiffunternehmens gewesen ist. Hugenberg ist Plutokrat vom Scheitel bis zur Sohle. Hugenberg ist der Besitzer des größten deutschen Zeitungskonzerns, und bei der Wahl zum Führer der Deutschnationalen Partei haben die Rotationsmaschinen seiner Zeitungen das entscheidende Wort geführt.

Die Vossische Zeitung berichtet, daß bei den Erörterungen vor der Wahl Hugenbergs Herr v. Reudell, naiv wie immer, erklärt haben soll, man habe bei der Wahl Hugenbergs mit der Gefahr zu rechnen, seine Presseunternehmen könnten sich

derzeit gegen den Führer der Deutschnationalen richten. Hugenberg hat daraufhin in seiner diktatorischen Art festgestellt: „Meine Presse wird schreiben, wie ich es will.“ Das kennzeichnet erstens die inneren Zusammenhänge des Hugenbergschen Presskonzerns, ferner aber das Mangelkennzeichen seiner Redakteure, die folglich tanzen müssen wie der allmächtige Gebieter pfeift.

Mit der Wahl Hugenbergs wurde im Lager der Deutschnationalen eine monatelange Krise zum Abschluß gebracht. Herr Dr. Hergt stürzte über die Abstimmungen zum Dawes-Pakt. Dem Grafen Westarp wurde der Bürgerblock zum Verhängnis. Nun kommt Herr Hugenberg, der den Deutschnationalen Brei zu einem schicksalhaften Brod der Rechten umzuwandeln sucht. Zwar verbleibt Westarp zunächst als Führer der Deutschnationalen Reichstagsfraktion. Wie aber Westarp und Hugenberg nebeneinander arbeiten sollen, das ist noch keineswegs abzuweichen. Wenn Graf Westarp die Führung der Reichstagsfraktion behält, dann werden sich binnen kurzem neue Krisenereignisse geltend machen, denn Westarp repräsentiert immerhin den realpolitisch denkenden Flügel der Deutschnationalen Volkspartei. Das hat Westarp in seiner „Programmrede“ unumwunden festgestellt, worin er sagte: der Zweck der Opposition sei die Gewinnung der Macht, aber es sei fehlerhaft, die Zuteilung der Politik zu sehr in den Vordergrund zu stellen. Hugenberg aber repräsentiert die Interessen der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, die er mit denen der Großagrarien zu verbinden sucht. Wenn daher im gegenwärtigen Augenblick der Lambach-Komplex keine weitere Rolle spielt, so müssen selbst nach der Aussage des Grafen Westarp die Kämpfe um die Neuorientierung der Deutschnationalen Partei aus einer Gruppierung verschiedenster Gesellschaftsschichten in eine straffe Partei großkapitalistischer Interessenspolitik immer neue Lambach-Krisen zeitigen. Diese Befürchtungen äußert auch die realpolitisch eingestellte Presse der Großkapitalisten, die Völkzeitung und die D.N.Z. Diese schreibt, daß die Wahl Hugenbergs eine politische Bedeutung habe, die weit über den Rahmen einer internen Deutschnationalen Parteiangelegenheit hinübergreife.

Zugleich mit den vorstehend verhandelten Ereignissen hat sich Herr Koch-Weser, der Führer der Demokraten und Reichsjustizminister, ein neues Vertrauensvotum geben lassen. Koch-Weser hat eine programmatische Rede gehalten, in der er erklärte, daß er auch heute noch ein Gegner des Panzerkreuzerbaues sei. Weniger aus pazifistischen Gründen, sondern weil er den neuen Projekten Dr. Grönners keinen militärischen Wert zuzuerkennen vermag. Auch Dr. Koch ist kein Verfechter des „Untermauerungs“-Prinzips. Er wünscht die jetzige Regierung der Köpfe beizubehalten, da er meint, daß weisheitsvolle Regierungsprogramme oder irgendwelche andere „Konformformeln“ die bestehenden Gegensätze nicht mildern könnten. In den meisten Fragen werde die Regierung damit rechnen müssen, daß ihr „manche Vorlagen abgelehnt, manche von einer wechselnden Mehrheit angenommen werden“. Aber auch Koch verfolgt mit Severing das Ziel, daß die gegenwärtigen Koalitionsparteien für die Dauer einer ganzen Wahlperiode zusammenbleiben müßten.

Von besonderem Interesse sind seine Ausführungen über die auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress erörterte Frage der Wirtschaftsdemokratie. Das „Wort“ Wirtschaftsdemokratie wird von den Demokraten nicht abgelehnt, aber einer Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie stellen sich die Demokraten ablehnend gegenüber, da mit der Verstaatlichung der Betriebe nichts gewonnen sei und die staatliche Bürokratie „sozial nicht besser und wirtschaftlich schlechter wäre als Privatbureaukratie“. Das ist die Beibehaltung der Eugen Richterschen Spar-Agnes-Theorie, woraus sich ergibt — was freilich ohnedies nicht in Zweifel stand — inwieweit die Demokraten irgendwelche Reformarbeit auf dem von Kapital umrissenen Arbeitsgebiet unterstützen werden.

Jedenfalls erhielt Dr. Koch sein ererbtes Vertrauensvotum. Vorläufig ist er der ruhende Pol im Wechsel der Parteien bei den Parteien des Bürgertums; denn der Umschichtungsprozess wirkt sich auch bei den Volksparteilern aus, und nur die Krankheit Stresemanns hat bisher den Zweifel an der Richtigkeit seines Führertums nicht aufkommen lassen. Was nicht ist, das kann noch werden. Jedenfalls dürfte der Aufmarsch zu den kommenden Reichstagswahlen ganz andere Formationen im Lager des Bürgertums erkennen lassen, als bei den Wahlen vom 20. Mai, die zum Kabinett der Köpfe führten.

### Wird Hermes verschwinden?

SPD Warschau, 22. Oktober. (Radio.)

Der größte Teil der polnischen Presse nimmt seit zwei Tagen an sich, daß Dr. Hermes als Leiter der Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Polen zurücktreten wird. Als Nachfolger wurde hier öffentlich zunächst der frühere völksparteiliche Reichstagsabgeordnete und schlesische Industrielle, Generaldirektor Schmidt, genannt. Ein Warschauer Blatt gab am Sonnabend auch die Vermutung wieder, daß der deutsche Gesandte Rauscher, dem schon dreimal die Wiederankündigung der unterbrochenen Verhandlungen im Laufe des mehrjährigen Zollkrieges gelungen ist, selbst die Leitung der deutschen Delegation übernehmen werde. Am Sonntag bringen fast alle Blätter Polens die Nachricht, daß Ministerialdirektor Voss, der den deutsch-französischen Handelsvertrag abschloß, in Berlin als Nachfolger Hermes' anzuweisen sei. Falls Dr. Hermes wieder nach Warschau zurückkehrt, wird ihm durch diese Nachrichten perfidisch die Fortführung der Verhandlungen scheinlich schwieriger werden als jedem anderen deutschen Unterhändler, zumal die Nichtveröffentlichung des letzten Notenwechsels auch von den deutschfreundlichen Blättern hier als Beweis dafür angesehen wird, daß man auf deutscher Seite das Verhalten von Hermes sehr schwer verteidigen kann.

Nach polnischen Angaben hat Deutschland den Entschluß Polens, die Verhandlungen als unterbrochen anzusehen, verschuldet. In der deutschen Antwort auf die polnischen Vorschläge werde der Grundsatz des Wegfalls jeder Einfuhrbeschränkung glatt abgelehnt, ohne daß irgendwelche Gegenvorschläge gemacht würden. Nach der bekannten Darstellung von deutscher Seite scheint die polnische Behauptung den Tatsachen zu entsprechen. Eine solche Art der Behandlung durch die jetzige Regierung ist uns unverständlich. Zum mindesten hätte man sich doch über das von Polen geforderte Prinzip zunächst einmal unterhalten und die deutsche Auffassung dazu präzisieren müssen. In der letzten Note Polens ist der Vorschlag gemacht worden, die gesamte Verhandlungskorrespondenz zu veröffentlichen. Man sollte erwarten, daß die deutsche Regierung wenigstens jetzt diesem Vorschlag zustimmt. Es ist wirklich nicht einzusehen, was die Veröffentlichung in dem jetzigen Stadium noch schaden könnte.

Die Nachrichten über den Rücktritt Dr. Hermes' von dem Posten des Verhandlungsleiters werden sich hoffentlich bestätigen. Es ist wirklich die höchste Zeit, daß Hermes endlich verschwindet. Die Reichsregierung hätte schon längst einsehen müssen, daß er der ungeeignetste Mann für diesen Posten ist.

# So wirkte das Schandgesetz!



„Ein Ausgewiesener, ein roter Deher kommt in unser königstreu Stadtdchen!“



Und — wie das königstreue Stadtdchen ein paar Jahre später ausah!

## Massenfundgebung in Berlin

### Der Tag der Alten

SPD Berlin, 21. Oktober.

Vor 50 Jahren — und heute? Die Zustände von damals und heute zu veranschaulichen, war das Ziel der am Sonntag von der Sozialdemokratie im ganzen Reich veranstalteten Demonstrationen. Damals elende Knechtschaft — heute Freiheit der Arbeiterklasse und Gleichberechtigung mit dem Bürgertum. In Berlin ist der Versuch, diese Wendung in einem historischen Festzuge zu demonstrieren, glänzend gelungen. Auf mehreren großen Wagen waren lebende Bilder gestellt. Man sah einen richtigen Bismarck mit seinen Militärattentaten, sah Bilder über die Unterdrückung der Arbeiterpresse und der Arbeiterorganisationen, uniformierte „königliche Polizei“ als Hüter des Belagerungsstandes, Lubendorff in Uniform und auf dem gleichen Wagen französische und englische Soldaten, von ihren deutschen Kameraden durch Drahtverhaue getrennt. Auch der Kriegszeit mit ihrem unbeschreiblichen Elend und der Erzeugenschaften der Revolution war gedacht. Ein Fahrenwald bildete ein Symbol für die völkerverfeindenden Ziele der Sozialdemokratie den Abschluß. Hunderttausende begleiteten diese Galerie, die innerhalb der Berliner Bevölkerung allgemeines Aufsehen erregte und stellenweise großen Jubel und Zustimmung hervorrief.

Im Lustgarten, dem Zielort der einzelnen Züge, standen mittags die Massen Kopf an Kopf. Tausende von roten Fahnen flatterten lustig im Winde, wo einst Monarchen ihre Paraden abhielten. Am Schloß, der früheren Residenz des Flüchtlings von Doorn, hatten mehr als 400 Parteiveteranen Aufstellung genommen. Ihnen dankte der Vorsitzende der Berliner Parteioffiziere, Reichstagsabgeordneter Franz Kunkler, für ihre Treue zur Partei, ihre Aufopferung und Arbeit für die Sozialdemokratie. Diesem Dank an die Alten, die zum großen Teil bereits unter dem Sozialistengesetz ihren Mann als Sozialdemokraten gestanden haben, stimmten die Hunderttausende

dankebaren Herzens zu. Dann trat Reichstagsabgeordneter Voss, der Präsident des Goltscher Einigungs-Kongresses, vor das Mikrophon. Er erzählte, trotz seiner 82 Jahre, mit geradezu bewundernswürdiger Frische Ereignisse aus der alten Zeit und stellte zwischen damals und heute zahlreiche Vergleiche an. Die Massen dankten dem Vorkämpfer mit hartem Beifall. Ein ausgezeichnet vorgetragener Gesangchor der Arbeiterjugend beendete die imposante Feler. Der Aufmarsch dauerte nahezu 2 Stunden.

Am Nachmittag demonstrieren die Unterlegenen im Volksbegehren, aber ohne Thälmann. In ihren Zügen trugen sie verächtliche Plakate, nicht etwa gegen das Bürgertum, gegen die Korruption in der SPD, gegen Thälmann oder das „Elk“, sondern gegen die Sozialdemokratie. Nach ihren Hirnen hat sich nach der Revolution nichts, rein gar nichts geändert. Auf großen Plakaten schrien sie es hinaus, und während sie sich dieser Blamage hingaben, benutzten sie eine der von der Sozialdemokratie erkämpften Erzeugenschaften der Revolution: Sie demonstrieren frei und völlig ungeschoren. Aber es hat sich nichts geändert!

Die von der Sozialdemokratie am Sonntag in allen Teilen des Reiches veranstalteten Demonstrationen sind nach den uns vorliegenden Meldungen unter starker Teilnahme und völlig ruhig verlaufen. In einem Zwischenfall kam es bei einer Rede Scheidemanns in Höchst-Felshheim. Dort warf ein Rechtsradikaler, der sich in die Veranstaltung eingeschlichen hatte, während der Rede Scheidemanns eine Tränenbombe, so daß die Anwesenden den Saal hastig verlassen mußten. In dem dabei entstandenen Gedränge gelang es dem Attentäter, der zweifellos sein Tränengas aus einem heimlichen Laboratorium bezogen hatte, unbemerkt zu entkommen. Erst nach gründlicher Durchlüftung des Saales konnte die Festveranstaltung fortgesetzt werden.

### Das Ergebnis des Volksbegehrens in 10 Wahlkreisen

II Berlin, 20. Oktober.

Beim Reichsministerium des Innern liegen, wie die Voss mitteilt, von dem Volksbegehren gegen den Panzerkreuzerbau bisher die Resultate von 10 Wahlkreisen vor. 25 Wahlkreise stehen noch aus. Von 11 588 363 Stimmberechtigten haben sich nur 535 582, d. h. 4,62 Prozent eingetragen. Am stärksten war die Beteiligung in Berlin, wo 248 990 Eintragungen auf 1 541 213 Wähler (16,16 Prozent) erfolgte sind. Der schwächste Wahlkreis ist bisher Frankfurt, wo auf 1 619 100 Wahlberechtigte nur 9712 Eintragungen kommen, so daß sich doch nicht mehr als 0,6 vom Hundert für das kommunistische Volksbegehren eingetragen haben. Sehr schwach war auch die Beteiligung in der Pfalz, wo 6802 Eintragungen (1,59 Prozent) einen sehr niedrigen Prozentsatz aufwiesen. Erforderlich wären 10 Prozent.

Die Prawda, das führende Blatt der kommunistischen Partei Rußlands, nimmt zum Mißerfolg des kommunistischen Volksbegehrens zur Panzerkreuzerfrage Stellung. Sie schreibt in einem längeren Artikel, die breiten Massen Deutschlands hätten hier vor der Frage gestanden, sich für eine in ihrem Kern revolutionäre kommunistische Lösung zu entscheiden. Diese revolutionäre Lösung aber hätte alle Kleinbürgerlichen Wähler zurückgeschreckt, weil in Deutschland in den letzten Jahren die kolonial-imperialistischen Tendenzen wieder erwacht seien. Die Kommunisten hätten sich demzufolge einer Einheitsfront gegenübersehen, die von Sozialdemokraten bis zu den Nationalisten, von Hilferding bis zum Grafen Westarp gereicht habe.

Der Apparat der Reichsbehörden und der Kommunalbehörden, die Unternehmer, die Kirchen und die Vertreter der Wissenschaft — alles habe sich zu einer jäggelosen Agitation gegen das Volksbegehren zusammengefunden und das habe die unentschiedenen Gegner des Panzerkreuzers eingeschüchtert.

Zum Schluß ihres Artikels weist die Prawda recht deutlich darauf hin, daß es in der ganzen Aktion an revolutionärem Mut gefehlt habe.

Der SPD wird der Vorwurf nicht erspart, daß sie die Kampagne technisch ungeschickt betrieben habe.

Paris zählt 2,8 Millionen Einwohner. In einer Antwort auf eine Anfrage im Stadtrat von Paris wird die Bevölkerungsziffer von Paris mit 2 871 420 Personen angegeben, davon 293 442 Ausländer, die der Vorort mit 1 737 208, davon 130 747 Ausländer. Die Angaben beruhen auf der Volkszählung von 1926.

### Entscheidungen des Wahlprüfungsgerichts Die getrennte Stimmenabgabe nach Geschlechtern

SPD Das Wahlprüfungsgericht beim Reichstagsabgeordnetenwahltag am Sonnabend mit der Prüfung der letzten Reichstagsabgeordnetenwahl in den Wahlkreisverbänden I Ostpreußen, II Brandenburg I, III Brandenburg 2 und VI Sachsen-Thüringen, so wie mit der Prüfung von Wahlbeschwerden. Das Wahlprüfungsgericht kam nach mehrstündiger Beratung zu dem Ergebnis, daß die Wahlen in den Wahlkreisverbänden I, II, III und VI für gültig zu erklären sind. Die Beschwerden einzelner Regionen über Mängel in der örtlichen Wahlhandlung wurden sämtlich für lat-fächlich rechtfertigend und begründet erklärt.

Kußerdem hatte sich das Gericht mit einer Beschwerde zu beschäftigen, die dahin gerichtet war, daß die in Artikel 125 der Reichsverfassung festgelegte Geheimhaltung der Wahl durch den § 167 der Reichsstimmordnung und durch die darauf begründeten getrennten Abstimmungen nach Geschlechtern verletzt worden sei. Das Gericht ist der Auffassung, daß die Anordnung, wie sie auf Grund des § 167 getroffen worden ist, nicht gegen Artikel 125 verstößt, und daß auch ein Verstoß in der konkreten Handhabung nicht vorliegt. Von einer Beeinträchtigung des Wahlergebnisses könne nicht die Rede sein. Das Gericht hält es allerdings für empfehlenswert, bei einer Veränderung der Reichsstimmordnung die Stellung der Vorschriften, soweit sie sich auf die getrennte Wahl beziehen, auf die nach den Verhältnissen dazu geeigneten Gemeinden zu beschränken und durch eine Anweisung an die Gemeindebehörden darauf hinzuwirken, daß von den Befugnissen zur Trennung der Abstimmung nur dort Gebrauch gemacht wird, wo durch die Größe der Stimmbezirke und bei Berücksichtigung aller Verhältnisse eine Gefährdung der Geheimhaltung der Wahl als ausgeschlossen gelten kann.

### Aufruhrprozess gegen Landbündler

SPD Am Dienstag wird vor dem erweiterten Schöffengericht in Pritzwalk ein großer politischer Prozess stattfinden. Mehr als 50 Landbündnemitglieder sind wegen Aufruhr und Landfriedensbruchs angeklagt. Als einer der Haupttäterführer wird der Deutschnationale Reichstagsabgeordnete Gutschloher Staßfurt (Westfalen) erscheinen. Hauptangeklagte sind weiter: der Vorsitzende des Kreislandbundes Ostprignitz, Gutschloher von Tena, und zwei Vorstandsmitglieder des Landbundes für Ostprignitz. Der Gutschloher und Gutschloher legen die Anklage Mitäter zu schaft beim Aufruhr zur Last. Die übrigen Angeklagten haben sich wegen Teilnahme am Landfriedensbruch zu verantworten. Dem Prozess liegen die bekannten Ausschreitungen bei dem Finanzamt in Pritzwalk zugrunde.

# Der Erpressungsversuch des Braunschweigers

Aus Braunschweig wird dem Soz. Pressedienst geschrieben: Ernst August, der letzte Herzog von Braunschweig, hat kürzlich die Aufwertung des sogenannten Welfenfonds verlangt. Da Preußen den Teilprozess vor dem Kammergericht gewonnen hat, und die Aufwertung des Welfenfonds durch richterliches Urteil für unberechtigt erklärt wurde, versucht der Welfen-Herzog Preußen durch die Drohung des Verkaufs des Welfenschloßes zur Nachgiebigkeit zu bringen. Im Freistaat Braunschweig, wo man den letzten Herzog durch die Schuld der Rechtsparteien übermäßig hoch aushängen mußte, würde man es nicht verstehen, wenn man auch Preußen der Bestätigung der Fürsten noch weiter entgegenkommen würde.

Der sogenannte Welfenfonds wird ungeheuer überschätzt. Braunschweigische Kunstschaffende, die die einzelnen Teile des Welfenschloßes genau kennen, schätzen einen Wert auf noch nicht 2 Millionen Mark. Dabei ist zu berücksichtigen, daß bei einer Versteigerung sicherlich auch nicht einmal diese Summe erreicht wird, da erfahrungsgemäß derartige Kostbarkeiten nur noch sehr wenige Liebhaber finden. Wie der letzte Welfenherzog im Rechtsstreit gegen den Freistaat Braunschweig sich rechtzeitig einige Sachverständige sicherte, die ihm bezeugten, daß er selbstverständlich berechtigt sei, das gesamte Staatsgut als sein Privateigentum zu betrachten, so wird er sicherlich auch jetzt schon wieder Experten gefunden haben, die sich dafür einsetzen, daß der Welfenfonds dem deutschen Volke erhalten bleiben müsse, und der preussische Staat folglich moralisch verpflichtet sei, diese Reliquien für teures Geld zu kaufen. Die Vermögensverwaltung des letzten Herzogs begründete die Drohung mit dem Verkauf damit, daß der Herzog mehr als jeder andere Privatmann verpflichtet sei, mit Rücksicht auf die zahlreiche Vergangenheit seines Geschlechts, seinen Nachkommen eine gesicherte wirtschaftliche Basis zu geben. Diese Verpflichtung ist bei den Welfen immer so ausgeprägt gewesen, daß sie sich sogar nicht scheuten, über 5000 braunschweigische Vandalen nach Amerika gegen gute Goldbitten zu verkaufen.

Eine Nachgiebigkeit gegenüber dem Welfenhaus ist durchaus unangebracht. Es ist auch durchaus unwahrscheinlich, daß sich ein amerikanischer Schweinefleischgroßhändler finden wird, der die zum Teil aus Staatsmitteln gelauteten und teilweise geraubten Reliquien kauft.

Zu der geplanten Verschönerung des Welfenschloßes durch Wilhelm Schwieger Sohn hört das Nachrichtenbureau des WZ, daß das preussische Staatsministerium nochmals über den Welfenfonds und seine eventuelle Erhaltung für Deutschland beraten wird. Bisher seien entsprechende Verhandlungen an den, wie dem Nachrichtenbureau versichert wird, übertriebenen Forderungen des ehemaligen braunschweigischen Herzogshauses gescheitert, denn der preussische Staat habe sich nicht entschließen können, in der jetzigen Zeit großer Wirtschaftskrisis, in denen ihm für wichtige soziale und andere Zwecke Geldmittel fehlen, 10 Millionen für den Kauf des Welfenschloßes auszugeben. Die Verhandlungen würden jedoch weitergeführt und man hoffe, auf einer anderen Basis zu einer Vereinbarung zu kommen.

## Um das Burgenland

### Bräuterei gegen Bethlen

In der Kammerabstimmung des Nationalrats haben die Sozialdemokraten eine dringliche Anfrage wegen einer Rede des ungarischen Ministerpräsidenten eingebracht. Bethlen hatte erklärt, daß Ungarn die Abtretung des Burgenlandes an Österreich nicht anerkennen werde. In der Anfrage wird darauf verwiesen, daß vor einem Jahr der Bundeskanzler erklärt hat, die österreichische Regierung habe von der ungarischen Regierung die formale Anerkennung erhalten, daß die Frage der Grenze zwischen Österreich und Ungarn von dieser als definitiv bereinigt angesehen werde. Dem widerspricht nun die Rede des ungarischen Ministerpräsidenten, und es wird deshalb der Bundeskanzler gefragt, ob er zur Antwort auf die Erklärung des ungarischen Ministerpräsidenten den Inhalt der formalen Versicherung veröffentlichte wolle, welche er von der ungarischen Regierung über die Frage der burgenländischen Grenze erhalten habe.

Im Schluß der Kammerabstimmung des Nationalrats kam diese dringliche Anfrage zur Verhandlung. Sie wurde von dem sozialistischen burgenländischen Abgeordneten Sailer begründet, der darauf hinwies, daß Ungarn die Zugehörigkeit des Burgenlandes zu Österreich niemals anerkannt hat, nicht nur im Vertrag von Trianon, sondern auch in dem Vertrag von Venedig. Wenn der ungarische Ministerpräsident glaube, eine Volksabstimmung im Burgenland würde jetzt für Ungarn ausfallen, so irre er sich.

Dann sprach der Bundeskanzler, der erklärte, wenn der ungarische Ministerpräsident glaube, daß eine neue Abtretung des Burgenland zu Ungarn zurückbringen würde, irre er sich. Im übrigen hat, nachdem der ungarische Ministerpräsident am 14. Oktober seine Rede gehalten hat, die österreichische Regierung sofort durch den österreichischen Botschafter der ungarischen Regierung mitteilen lassen, daß die Ausführungen des Grafen Bethlen gelehrt seien, eine neuerliche Beunruhigung der burgenländischen Bevölkerung hervorgerufen und daß dadurch die bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten ungünstig beeinflusst werden könnten. Der ungarische Außenminister hat geantwortet, daß der Graf Bethlen bei seiner Rede keinerlei aggressive Absicht gehabt habe. Er habe nur einen historischen Rückblick gegeben.

Der Bundeskanzler teilte dann mit, daß am Donnerstag eine neuerliche Antwort des ungarischen Außenministers gekommen sei, worin dieser mitteilt, er habe mittlerweile mit dem Grafen Bethlen gesprochen, und dieser erklärte, daß im Text des Vertrages von Venedig kein Verzicht auf das Burgenland enthalten sei. Dem Grafen Bethlen habe es allerdings fern gelegen, die burgenländische Frage als aktuelle Frage aufzuwerfen.

Dazu bemerkte der Bundeskanzler: Ich muß zur Kenntnis nehmen, daß die ungarische Regierung dieser Ansicht ist. Verhängend wirkt diese Auffassung allerdings nicht. Ungarn macht jetzt eine revisionistische Politik.

## Poincaré will ratifizieren

### Die Reparationsverhandlungen in Paris

SPD Paris, 22. Oktober. (Radio.)

Wie der New York Herald zu berichten weiß, beabsichtigt der Ministerpräsident Poincaré, schon morgen im Kabinettsrat die Ratifikation des Schuldenabkommens Mellon-Beranger zu beantragen. Diese Forderung Poincarés würde, so meint das Blatt, das volle Vertrauen des französischen Ministerpräsidenten in den Erfolg der bevorstehenden Verhandlungen über die Revision des Dawesplanes schlagend beweisen.

Wie der New York Herald weiter berichtet, soll Vierpont Morgan an den Besprechungen, die Parker Gilbert in London und Paris geführt hat, teilgenommen haben.

11 Berlin, 22. Oktober.

Von deutscher zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß Parker Gilbert nach Abschluß seiner Reise, der deutschen Regierung über das Ergebnis seiner Verhandlungen Bericht erstatten wird. Erst auf Grund seiner Mitteilungen wird es deutscherseits möglich sein, zu den in den alliierten Hauptstädten gemachten Vorschlägen in der Reparationsfrage Stellung zu nehmen.

# Höher geht es nimmer

## Das Mameluken-Zentralkomitee

Die Roten Jahne veröffentlichte eine Resolution des kommunistischen Zentralkomitees zum Beschluß des Ekki in der Thälmannfrage. Das ZK hatte, wie bekannt, seinerzeit einstimmig Thälmann seiner Funktion enthoben. Jetzt haben diese Mameluken in der führenden Körperschaft der KPD fast ebenso einstimmig — 25 gegen 6 — einen Beschluß gefaßt, in dem sie „beglückwünschten“, daß das Ekki die Entscheidung vom 26. September in tausend Felsen zerbröckle. Die Entscheidung ist eine der berühmten Bandwurmfusionen, so daß wir uns verlassen müssen, sie im Wortlaut wiederzugeben. Es genügt darum, das unfaßbare Mamelukentum der Kommunistenführer an einigen Stichworten aufzuzeigen.

Das ZK „erkennt an“, daß der Beschluß vom 26. September ein „verhängnisvoller, die Partei schwer schädigender Fehler war“. Keine Führer einer Partei, die so selbstbewußt sich selber „schädigen“. Sie haben sich dann in der breitesten Öffentlichkeit selbst desavouiert und stellen nun fest: „Die Unterzeichner dieser Erklärung erfüllen damit ihre bolschewistische Pflicht.“ Die „Pflicht“ des Bolschewisten ist unbegrenztes Mamelukentum.

Das ZK „erkennt an“, daß die Veröffentlichung der Entscheidung gegen Thälmann „ein schwerer politischer Fehler war“, es „erkennt“ ferner „an“, daß der Beschluß „mit der internationalen Parteidisziplin unvereinbar ist“.

„Mit Genugtuung stellt das ZK fest, daß das Ekki mit voller Klarheit und bolschewistischer Offenheit die Ursachen und Hintergründe aufgedeckt hat, die zu dem verhängnisvollen, fehlerhaften Beschluß des ZK vom 26. 9. geführt haben“.

Im gleichen Absatz wird gesagt, daß die durch den Beschluß geschaffene Situation für die „schwankenden Parteielemente jener Atmosphäre“ schuf, in der die Thälheimer usw. „ihre Renegatentum entwickeln konnten“. Die kommunistische Partei wird von schwankenden Gestalten geführt. Das stellt das ZK offen und ehrlich fest. An anderer Stelle wird gesagt:

„Dank der Wachsamkeit und der bolschewistischen Kontrolle des Ekki und dank des Widerstandes der revolutionären Mit-

gliedermaßen der Partei wurde dieser parteifeindliche Plan des Liquidatoren- und Renegatentums vereitelt.“

Die Mameluken benötigen der „Wachsamkeit“ der Moskauer Stalinisten, um nicht größere Dummheiten zu begehen. Kein Wunder, wenn sie sich ob der „Kontrolle des Ekki zu besonderem Dank verpflichtet fühlen. Dann aber kommt die völlige Selbstentmannung der 25 „Helden“ indem sie beschließen:

„Das ZK der KPD begrüßt, daß das Ekki dem Genossen Thälmann das volle Vertrauen ausspricht und ihn... zur sofortigen Wiederaufnahme der führenden Parteiarbeit verpflichtet.“

So beschließen dieselben Führer, die dereinst einstimmig Thälmann seiner Funktion entliehen haben. Des ist parteipolitisch ein Unikum, wie es bisher in der Geschichte der Parteien noch kaum zu verzeichnen war.

Die Zentrale fragt sich selber an. — ganz wie es in der Entscheidung der Leipziger Globig-Minderheit heißt: — „Statt der Konzentration der Kräfte auf der Basis der Beschlüsse des Ekki vom Parteitag... wurde verschiedentlich die Konzentration als Verhöhnung mit Genossen aufgefaßt, die eine gewisse Duldsamkeit gegenüber den Trägern der rechten Gefahren übt“. Das ZK gelobt darum Besserung und erwartet vom Pol-Bureau

eine solche Personalpolitik bei Heranziehung der besten proletarischen Kräfte in der Partei... die notwendig ist, um die fraktionellen Gruppierungen zu liquidieren und die verhältnismäßigen Strömungen zu überwinden.“

Entsprechend dieses Entschlusses werden zunächst Hausen und Galm abgeholt, und zwar wegen „ideologischen Stoches mit der Politik der Partei“ und wegen „ihrer konterrevolutionären Sprache“. Paul Böttcher hat in der SAJ vom Sonnabend erneut hoch und heilig versichert, daß er nicht liquidieren wolle. Er spricht indes, wie Hausen, Galm, Thälheimer und Brandler die konterrevolutionäre Sprache der Feinde des Kommunismus. Warten wir also die Beschlüsse ab, die vom ZK in Sachen „Personalpolitik“ ergehen werden.

## Die polnischen Dreiundzwanziger

Die Spaltung in der polnischen sozialdemokratischen Partei ist nun vollzogen. Die Pilsudski-treuen Sozialdemokraten des Warschauer Bezirks haben den Beschluß gefaßt, unter dem vorläufigen Namen „Polnische sozialistische Partei, frühere revolutionäre Fraktion“, eine neue Partei zu bilden. Das vor zehn Tagen gegründete Blatt Przedswid, das ebenfalls Pilsudskistrebend ist, hat sich den Sozialisten zur Verfügung gestellt. In einem Aufruf der neuen Fraktion betont man die sachliche Einstellung zur Regierung und beruft sich auf die alten Traditionen der sozialdemokratischen Partei. Gleichzeitig werden den regierungsfreundlichen Sozialdemokraten kommunistische Tendenzen vorgeworfen. Das, was jetzt innerhalb der Sozialdemokratie geschehe, so heißt es dort, ist keine Spaltung, sondern eine innere Revolution, die die Rettung der polnischen Sozialdemokratie vor der ihr drohenden Vernichtung zum Ziele habe.

Gerichtsweise verurteilt, daß aus den sozialdemokratischen Seingruppen sieben Abgeordnete, darunter Jachrowski und Malinowski, austreten werden, um sich der neuen Partei anzuschließen. Der regierungsoptionelle sozialdemokratische Kobotnik richtet einen in sehr erregtem Tone gehaltenen Aufruf an sämtliche Organisationen der polnischen sozialistischen Partei, worin die Massen aufgefordert werden, die Partei und den Sozialismus, der durch den Fortzug der Sanierungspartei bedroht sei, zu verteidigen. Es könne keine Spaltung geben, wenn sie von den Massen abgelehnt werde. Diejenigen, die die Hand zum Selbstmord anlegen wollten, hätten sich natürlich außerhalb der sozialistischen Reihen gestellt. Mit der Versicherung, daß es nur eine sozialdemokratische polnische Partei gebe, schließt der Aufruf.

Der Warschauer Korrespondent des Soz. Pressedienstes berichtet: Der Spaltungserwerb, den einige Pilsudskianer gegen die Polnische sozialistische Partei unternommen haben, ist bisher ohne größeren Erfolg geblieben. Selbst die Warschauer Ortsgruppe, die die Hauptanhängerschaft der abgesplitterten Gruppe darstellt, hat sich nur teilweise auf die Seite der Gegner des Parteivorstandes gestellt. Eine große Anzahl von Partei- und Gewerkschaftsfunktionären fordert oder üben auf der Parteileitung treu zu bleiben. In der Provinz haben sich bisher nur die Anhänger des schon im vorigen Jahre aus der Partei ausgeschlossenen oberösterreichischen Abgeordneten Winkiewicz der Spaltungsgruppe angeschlossen. Die abgesplitterten wollen auf Grund dieses „Erfolges“ vom 1. November einen Sonderparteitag in Katowice abhalten, während gleichzeitig die Gesamtpartei ihren Jahreskongreß in Sosnowice durchführt. Großen Eindruck macht es selbst auf die bürgerliche Presse, daß der Rest der sozialistischen Bewegung in Polen, der 94-jährige Senator Liminowski, der Geschichtsschreiber der polnischen Revolutionen heute einen persönlichen Aufruf an die polnische Arbeiterchaft erläßt, sie möge den verantwortungslosen Zerstückelungsbestrebungen nicht nachgeben, sondern im Interesse des Sozialismus, des polnischen Freiheitsgedankens und der Abwehr des Kommunismus der Partei treu bleiben.

## Hochverratsprozesse in Polen

In dem neuen Bromada-Prozess in Wilna wurde Mittwoch das Urteil gefällt, wonach zehn Angeklagte zu 2 bis 4 Jahren Zuchthaus verurteilt worden sind, zwölf erhielten geringere Strafen und dreizehn wurden freigesprochen.

Nach fünfständiger Verhandlung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, wurde im Volksbundprozeß Schulrat Dubet zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt, unter Anrechnung von vier Monaten und 10 Tagen Unterhaftungshaft. In der Urteilsbegründung wird gesagt, daß die dem Gericht vorliegenden Beweismittel nicht genügend sind, so daß nach dem Gesetz über Verrat militärischer Geheimnisse ein Schuldig ausgesprochen werden muß.

## Altendiebstahl in England

Die englische Geheimpolizei ist gegenwärtig mit der Aufklärung eines mysteriösen Dokumentendiebstahles beschäftigt. Eine amtliche Personlichkeit hatte in einem Handkoffer wichtige Dokumente der Admiralität nach dem Lager Chatham bringen wollen. Bei der Ankunft dort mußte sie die Feststellung machen, daß diese Dokumente gestohlen worden waren. Wie verlautet, handelt es sich um Schriftstücke von größter Bedeutung.

Wie amtlich bekanntgegeben wird, ist Lord Peel zum Staatssekretär für Indien ernannt worden. An die Stelle Peels tritt Lord Londonderry als erster Kommissar für öffentliche Arbeiten.

## Die Studentenkravalle in Budapest

### Gegenkundgebungen der Arbeiterchaft

11 Budapest, 22. Oktober.

Die Studentenkundgebungen der letzten Tage haben am Sonnabend zu Gegenkundgebungen der Arbeiterchaft geführt. Das sozialistische Organ Nepzava richtet an die Eltern der Studenten eine Warnung, daß sie ihre Söhne von weiteren Herausforderungen zurückhalten mögen, da die Arbeiterchaft sonst die radikalsten Mittel des Selbstschutzes anwenden müßte. Überall, wo am Sonnabend die Studenten mit ihren Mägen erschienen, wurden sie von jugendlichen Arbeitern angegriffen und wiederholt auf verprügelt. In der Nähe der Buchhandlung des sozialistischen Blattes Nepzava kam es zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Studenten. Die Polizei griff ein, ritt eine Attacke, wobei drei Personen verletzt wurden.

## Otto Zielowski gestorben

Im Alter von 62 Jahren starb im Frankfurter südlichen Krankenhaus Genosse Otto Zielowski. Ein schweres Leiden, das eine Reihe von Jahren an seiner Lebenskraft zehrte, hat seinem Dasein vorzeitig ein Ziel gesetzt. Zielowski, von Beruf Schriftsetzer, trat im Jahre 1895 in die Partei ein. Nachdem er als Pressefotograph an der Frankfurter Zeitung tätig gewesen war, ging er als Berichterstatter an das Parteiblatt in Ludwigshafen, um dann im Jahre 1897 die Lokalredaktion der Frankfurter Volksstimme zu übernehmen. Als einer der ersten zog dann Zielowski unter dem Dreiklassenwahlrecht in das Frankfurter Stadtparlament ein. In diesen beiden Eigenschaften, als Lokalredakteur und Stadtverordneter, hat er einen Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse geführt, der in Frankfurt unvergessen bleiben wird. 21 Monate Gefängnis wegen Pressebeleidigung, Majestätsbeleidigung und Gotteslästerung sind die für Zielowski Arbeit zugehenden Karben. Im November 1918 trat der Verstorbenen aus der Redaktion der Volksstimme aus, um als Stadtrat in den Frankfurter Magistrat einzutreten und das Dezernat für das Wohnungsweien zu übernehmen.

## Präsidentenwahl in Ecuador

In der konstituierenden Versammlung von Ecuador ist der bisherige provisorische Präsident, Dr. Ayora, zum ordentlichen Präsidenten der Republik gewählt worden. Er hat eine allgemeine und unbefristete Amnestie erlassen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Hugo Sauppe in Leipzig.

Verantwortlich für den Anieratenteil:

Hugo Sauppe in Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Altengrundstraße Leipzig.

**Wenn Du ins Büro gehst**

oder an Deiner sonstigen täglichen Arbeit, so vermiss nicht, eine Tafel Premier-Schokolade einzunehmen. Premier-Schokolade ist keine Nahrung, sondern eine Universalnahrung, die die wichtigsten Nährstoffe in sich vereinigt, die der Körper braucht. Die Nährkraft einer 100 Gramm-Tafel Premier-Schokolade oder -Milch ist mehr als dreimal so groß, als die von Eiern oder Rindfleisch im gleichen Gewicht. Sie kommt 1/4 Liter Vollmilch gleich.

**Premier SCHOKOLADE**

Ist also ein Vollnahrungsmittel ersten Ranges. Führe stets eine Tafel bei Dir, Du wirst dann eine v. a. umste Mahlzeit leicht entbehren können.

PREMIER WERKE LEIPZIG W 55  
Schokoladen, Kakao, Pralinen

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.



Verwirrung der Gefühle

München, Mitte Oktober.

Der neunzehnjährige Junge hat sich vor den Geschworenen wegen eines der schlimmsten Verbrechen zu verantworten, die unser Strafrecht kennt: wegen schwerer Brandstiftung.

Der nervöse Junge, zwölftes Kind einer unterernährten Familie, kränkelte seit seiner Geburt. Immerwährende Magen- und Darmkrankheiten, mit der Folge häufiger Schmal- und Arbeitsverfäumnisse und mütterlicher Verzärtelung, verhinderten eine gesunde Entwicklung.

So, wie er die mit dem zeitweiligen Finken im Kopf verbundenen Anfälle schildert, sind es typische Subtilitätsmerkmale. Schwindel, Zittern, Stottern, Wutausbrüche, heißen Kopf; dazu nervös, empfindsam, gereizt. Die üblichen Erlebnisse der sich wandelnden Natur, eine Perle, die für alle Jugendlichen voller verwirrender Risiken und Tücken ist.

Dieser junge Mensch gehört nicht vor die Geschworenen, der gehört vor den betreuenden Jugendrichter. Hätte er die Tat drei- vier Jahre früher begangen, wäre er tatsächlich dorthin und die Mindeststrafe wäre nicht ein Jahr Zuchthaus, sondern nach dem Jugendgerichtsgesetz — ein Tag Gefängnis.

Mord? Freitod? ...

SPD Magdeburg, 22. Oktober. (Radio.)

Auf dem Exerzierplatz auf dem Kleinen Anger in Magdeburg ist der Unteroffizier Korsch mit einem Schuß in der Schläfe besinnungslos aufgefunden worden und kurz nach der Einlieferung ins Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen.

Einsturzungslied bei Belford

III Paris, 22. Oktober.

In den Textilwerken von Giromagny bei Belfort stürzten drei Stöckwerke eines Fabrikgebäudes ein, wobei drei Arbeiter in die Tiefe gerissen wurden. Zwei von ihnen wurden verletzt geborgen, während der dritte noch nicht aufgefunden werden konnte.

SPD Paris, 20. Oktober.

Die Zahl der Opfer des Hauseinsturzes in Vincennes wird nunmehr mit 14 angegeben. Nur drei Personen kamen mit Verletzungen davon. 6 Tote konnten jedoch noch nicht geborgen werden.

Ein Raubmord an einer Greisin

SPD Magdeburg, 22. Oktober. (Radio.)

Ein furchtbarer Raubmord wurde in der Nacht zum Sonntag in Magdeburg verübt. Unbekannte Verbrecher drangen in das kleine Laubenhäuschen in der Königsborner Straße 15, das von der alleinstehenden 66 Jahre alten Witwe Vöhrmann bewohnt wurde.

Jord und Edener

SPD Berlin, 22. Oktober. (Radio.)

Der Amerikaner Jord hat die Einladung Edeners, am Rundflug über Amerika teilzunehmen, abgelehnt. Diese Ablehnung wird dahin gedeutet, daß Jord, bevor er sich an der Durchführung der Edenerischen Pläne beteilige, die Dinge sehr genau prüfen werde.

Sensationen im Husmann-Prozess

Neue Blutflecken-Erklärung

Der Lokaltiermin

Von unserem Sonderkorrespondenten

X Essen, 21. Oktober.

Die Verhandlung sollte am Sonnabend kurz und bedeutungslos sein: Lokaltiermin und Vernehmung der letzten Tatbestandszeugen. Ganz plötzlich wurde sie zur Sensation. Schon am Morgen brachte ein Buerches Blatt die Schlagzeile: „Das Rätsel der Blutflecken gelöst?“

Daß das Blut auf dem Husmannschen Stiefel von einer Verletzung herrühre, die ein Student Rudowski auf dem Bierlommers in der verhängnisvollen Nacht erhalten habe.

Woher die plötzliche Verston? Weshalb erscheint sie erst in der letzten Stunde? Die Vermutung lag nahe: hier sind Freunde am Werke, die dem Angeklagten durch ihre Dienstbereitschaft am Ende noch gefährlich werden. Sollte das etwa nichts anderes als ein plumper Rettungsversuch für den Angeklagten sein?

Aber was hatte es mit der neuen Erklärung der Blutflecken für eine Bewandnis?

Das erfuhr man in der Gerichtsverhandlung. Husmanns Verteidiger beantragte die Vernehmung des anwesenden hochverwandigen Student Rudowski als Zeugen. Und dieser bekundete: „Gegen 12 Uhr sei in dem Saal, in dem der Mörder Herr Kommerstausand, der Student Rudowski gekommen. Zwischen Raife und Auge trug er ein großes Festplaster.“

Daß ein junger Mensch mit der Schlägerklinge auf den Tisch geschlagen habe, die abgeprungen sei und ihn verletzt habe. Student Rudowski habe auf der Toilette viel Blut verloren.

Mag sein, daß der Angeklagte, der später das Klosett aufgesucht habe, etwas von dem Blut auf dem Stiefel abbekommen habe. Der Angeklagte wehrt sich auf den Vorfall nicht zu besinnen; auch nicht, daß er später neben dem Student Rudowski gefessen hat. Das Gericht beschließt, den Zeugen Rudowski zu laden und festzusetzen, ob sein Blut zur selben Blutgruppe gehöre, wie das des ermordeten Daube. Das aber war die erste Sensation.

Urlaubsanspruch und Ehrenamt

Die Anwendung des Artikels 160

sg. Die Betriebskrankenkassen sind in ihrer heutigen Form Gebilde, an deren Existenz nur die Unternehmer ein Interesse haben. Seit durch staatliche Einflüsse auch die Arbeiterbeiträge ein Mitbestimmungsrecht an diesen Einrichtungen hat, geht aber das Bestehen vieler Betriebsleitungen dahin, den Einfluss der Arbeiterschaft möglichst gering zu halten.

Diese Tatsachen waren der Hintergrund einer Klage, die ein Betriebskrankenkassenmitglied der Leipziger Baumwollspinnerei A. G. gegen seine Firma vor dem Arbeitsgericht anstregte. Der Kläger ist in der bei der beklagten Firma bestehenden Betriebskrankenkasse Vorstandsmitglied. Auf Grund dieser Funktion ist er auch in dem Verband für Betriebskrankenkassen tätig.

Deswegen war der Kläger gezwungen, zwei Tage seines Urlaubs für die Ausübung der Delegation nach Karlsruhe zu verwenden.

Der Kläger forderte nun von seiner Firma, ihm noch zwei Tage Nachurlaub zu gewähren, wobei er ausdrücklich erklärte, von der Beklagten keine Bezahlung für diese zwei Tage zu beanspruchen, sondern eben nur Freizeit. Da das von der Betriebsleitung abgelehnt wurde, erhob er durch den Genossen Jerde vom Deutschen Metallarbeiterverband Feststellungsklage beim Arbeitsgericht.

„Wer in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis als Angestellter oder Arbeiter steht, hat das Recht auf die zur Wahrung staatsbürgerlicher Rechte und, soweit dadurch der Betrieb nicht erheblich geschädigt wird, zur Ausübung ihm übertragener öffentlicher Ehrenämter nötige freie Zeit. Soweit ihm der Anspruch auf Vergütung erhalten bleibt, bestimmt das Gesetz.“

Der Vertreter der beklagten Firma führte auf die Ausführungen des Genossen Jerde, der die Anwendungsmöglichkeit dieses Artikels der Reichsverfassung für gegeben erachtete, ungehörig folgenden aus: Eine nochmalige Verpflichtung der Firma, dem Kläger Nachurlaub zu geben, bestehe nicht. Jeder Arbeiter habe selbst darüber zu entscheiden, was er mit seiner Urlaubszeit anfangen wolle.

gestellte des Arztes sich im vollsten Gegensatz zu den Befundungen der Telefonistin über die Telefonanrufe ihres „Herrn“ gestellt hatte, und auch sonst in jeder Weise von diesem beeinflusst schien. Der Staatsanwalt erklärte auf Befragen, daß er nichts davon wisse und daß irgendwelche Ermittlungen gegen Dr. Luther nicht im Gange seien.

In der kurzen Gerichtsverhandlung kam noch der Sachverständige Professor Brüning zu Worte. Er hat das Messer auf Blut und auf Schmutz untersucht. Es ergab sich, daß selbst bei sorgfältigster Untersuchung irgendwelche Spuren, die auf Blutflecken hinweisen hätten, nicht zu finden waren.

Vor der kurzen Gerichtsverhandlung fand aber der Lokaltiermin

im Garten des Kleinböhmerischen Hauses statt. Präzise 8,30 Uhr fuhren zwei Autobusse vom Essener Gerichtsgebäude ab. In einem befand sich das Gericht und der Angeklagte, im andern die Presse. Vor dem Gerichtsgebäude hatte sich eine große Menschenmenge versammelt. Durch Alleen über Horst ging es nach Gladbeck. Am Rathaus vorbei fuhr man über die Reutfortstraße zum Kleinböhmerischen Hause in der Hegetstraße.

Das Gericht befaßt, den Lokaltiermin auszubeknen. U. a. wurde der Angeklagte verurteilt, in Begleitung eines Kriminalbeamten den abgeklärten Weg durch ein Mädchen zur Doubelstein Wohnung zu gehen. Er solle ihn in 10 Minuten zurück. Die Zeitdifferenz bleibe also doch zu seinen Ungunsten bestehen, wenn auch ein wenig gemildert. Schließlich begab sich das Gericht zum Tatort.

Der Angeklagte blieb die ganze Zeit über ruhig. Weder der Besuch seines Studierzimmers, das er ja mehr als sechs Monate nicht betreten hat, noch der Besuch des Tatortes hat bei ihm die feinsten Gefühlswallungen hervorgerufen. Soll das die Ruhe eines Menschen sein, der unschuldig ist, oder die eines, der bis zuletzt die Rolle eines Unschuldigen meisterhaft durchzuführen entschlossen ist?

Montag wird das erste Kapitel des Prozesses endlich erschöpft sein.

nicht begründet werden. Denn dieser Nachurlaub solle ja nicht zur Ausübung eines ihm übertragenen Ehrenamtes dienen, sondern zu seiner rein persönlichen Verwendung.

Rach kurzer Beratung verurteilte Dr. Luerswald das Urteil: Das Amt des Vorstandsmitgliedes einer Betriebskrankenkasse ist ein Ehrenamt. Nach Artikel 160 der Reichsverfassung muß seinem Träger die nötige freie Zeit zu seiner Ausübung gegeben werden. Das Recht auf die Dienstleistung des Arbeiters gewährt dem Unternehmer nicht die Möglichkeit, den Arbeiter bei solcher Ausübung zu beschränken, soweit nicht besondere Betriebsinteressen vorliegen.

Die Ausnutzung des Urlaubs zur Erholung wurde durch Pflichten befristet, die ihm das Ehrenamt auferlegte.

Wenn ein Staatsbürger Pflichten in seiner Urlaubszeit hat, ist es als Zeuge oder sonstwie, hat das keine Rückwirkung auf sein Verhalten zum Unternehmer, dadurch werden die vertraglichen Pflichten des Unternehmers auf Urlaubsgewährung nicht erweitert. Aus diesem Grunde war die Feststellungsklage abzuweisen. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Streitfalles ist die Berufung zugelassen.

Ohne schon in dieser Instanz auf den Fall grundsätzlich einzugehen zu wollen, möchten wir hierzu doch folgendes bemerken: Wenn der Kläger in einer anderen Zeit — nicht während der geschlossenen Betriebsferien — nach Karlsruhe gefahren wäre, hätte er selbstverständlich von seinem Urlaub nichts eingebüßt. Das Zusammenfallen der beiden Ereignisse führte zu dieser Benachteiligung. Wir glauben nun, daß an sich die Angelegenheit nicht die größte praktische Bedeutung hat, befristet aber folgendes: Sollte die Rechtsauffassung dieser Kammer des Leipziger Arbeitsgerichts auch von den höheren Instanzen geteilt werden, bestünde die Gefahr, daß eine Betriebsleitung den Urlaub eines vorzugsweise zu delegierenden Arbeiters in die Zeit so einer Tagung gelegt werden könnte. Die Möglichkeit, für diese Maßnahme wichtige Betriebsinteressen vorzuschützen, bestünde ja sehr oft ...

Auf diese Weise könnte man versuchen, unangenehmen Vertretern der Belegschaft ihre Ehrenämter zu verweigern.

Die Stellung der Leipziger Baumwollspinnerei A. G. hat aber noch eine andere Seite: Bis vor wenigen Jahren hatten nur die Unternehmer Delegationsrechte zu den Reichstagen der Betriebskrankenkassen. Sie haben diese Möglichkeiten immer weidlich ausgenutzt und sich ganz häufig dabei amüsiert auf Kosten der Arbeiter! Jetzt ist nun das — vom Unternehmerstandpunkt aus — unerhörte passiert, daß auch Arbeitervertreter ihre Interessen auf solchen Tagungen ausüben. Zugunsten kommt man mit schodrigem Niederkommen, wie „Bergnügungsfahrt“ usw., sucht die Tätigkeit der Belegschaftsvertreter anlässlich solcher Tagungen herabzujagen und zu verunglimpfen.

wirft ihnen das vor, was die Unternehmer selbst seit Jahren immer gemacht haben,

nur waren sie damals so unkontrollierter und ungezügelter. In dem Standpunkte der Leipziger Baumwollspinnerei ist also eine ganze Portion Unehrlichkeit und reaktionärer Gesinnung enthalten!

# Sachsen-Konferenz des ADGB

## Eggert über Klassenkampf und Demokratisierung der Wirtschaft

J. K. Leipzig, 20. Oktober.

Heute 19 Uhr begann hier die 2. ordentliche Bezirkskonferenz des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Bezirk Sachsen. Die Konferenz, die tagungsgemäß jeweils nach einem Bundeskongress des ADGB stattfindet, hat, in außerordentlich starker Beteiligung der Ortsauslässe und anderen Delegierten der Gewerkschaftsbewegung beizugehen. Die Tagung macht einen ausgezeichneten Eindruck: frisch und aufmerksam die Hunderte im Saal, resolut und dabei tolerant die Leitung durch den Bezirkssekretär, den Genossen Arndt. Knapp die Begrüßung der Delegierten und Gäste — die ebenso längliche wie mehr oder weniger inhaltlose Reihe der sonst üblichen Begrüßungsreden wird uns erspart.

Die Tagesordnung wird bekräftigt unter Ablehnung eines Antrages des Ortsauslasses Hirschfeld („Opposition“), den „Kampf der Gewerkschaften um die Lohn- und Arbeitsbedingungen in Sachsen“ als besondere Punkt zu behandeln. Arndt erklärt dazu aber, die Materie sei sehr wichtig und er werde in der Diskussion zum Geschäftsbereich ihrer Behandlung jede geschäftsordnungsmäßige mögliche Freiheit lassen. Dabei möge jedoch beachtet werden, daß die Arbeitsbedingungen zum Aufgabenkreis der einzelnen Verbände gehören und daß auf einer Bundesveranstaltung nur allgemein darüber gesprochen werden können.

### Die Schwäche der „Opposition“

auf dieser Konferenz ergibt die Ablehnung über die Geschäftsordnung, Anträge, die zur Verhandlung kommen sollen, bedürfen ihrer Unterfertigung durch 30 Delegierte — so ist vorgezeichnet worden vom Bezirksauslaß. Die „Opposition“ beantragt, die Zahl auf 15 herabzusetzen, die Ablehnung ergibt aber nicht einmal 15 Stimmen für diesen Antrag, so daß die „Opposition“ also ihre Stärke, die sie mit der Zahl 15 bezeichnen wollte, noch überschätzte. Zu Vorstehenden der Konferenz werden Arndt, Dresden und Schilling und Vane-Weipzig ohne Widerspruch gewählt. Dann erhält der Sekretär im Bundesvorstand des ADGB, Genosse W. Eggert, das Wort zu dem Referat:

### „Der Hamburger Gewerkschaftslehre zur Wirtschaftsdemokratie“

Eggert weist darauf hin, daß bisher reichlich Unklarheit über den Begriff Wirtschaftsdemokratie bestanden habe. In Breslau sei der Gedanke noch nicht zu Ende gedacht gewesen, und die Diskussion sei auch jetzt noch nicht abgeschlossen. Soweit die Frage auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress behandelt wurde, wolle er nicht auf die Dinge eingehen, er verweise jeden Gewerkschafter auf das Studium des von Kapitali herausgegebenen Buches. Er selbst wolle versuchen, einige Ableitungen aus den theoretischen Darlegungen für die praktische Arbeit der Gewerkschafter zu geben. Eggert verweist dann auf die bekannten Entwicklungsstadien der kapitalistischen Gesellschaft. Die kapitalistischen Organisationsformen haben sich stark geändert, wir haben den Weg vom Privatunternehmer zur Gesellschaftsform zurückgelegt. Niedrigststandes sind in der modernen kapitalistischen Entwicklung nicht festzustellen, im Gegenteil entwickeln sich die Verhältnisse immer mehr zu einem

### Schäufelstand des Hochkapitalismus.

Nach ist die Entwicklung nicht abgelaufen, im Gegenteil treten große Teile der Welt erst jetzt in die Periode ihrer Industrialisierung ein. Hand in Hand damit gehen internationale Verknüpfungen des Kapitalismus, deren Ausdruck u. a. die bereits jetzt bestehenden etwa 40 internationalen Kartelle sind. Große Helfer der sozialistischen Bewegung hätten sich über diese Entwicklung geäußert. Als auf dem Kölner Parteitag der deutschen Sozialdemokratie im Jahre 1893 über die Aufgaben der Gewerkschaften gestritten wurde, da argumentierte Wilhelm Liebknecht gegen Karl Legien, der für die tägliche praktische Arbeit der Gewerkschaften Hunderttausende von Arbeitern gewinnen wollte; ehe Legien dieses Ziel erreicht habe, werde die Revolution siegreich sein. Legien habe damals darauf hingewiesen, daß zwar auf politischem Gebiete eine revolutionäre Entwicklung möglich sei, daß jedoch die Wirtschaft nur auf dem Wege einer allmählichen Entwicklung umgeformt werden könne. Was der damals von Legien skizzierten Auffassung ergebe sich, daß die Gewerkschaften nicht nur in Dingen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse

### keine Abstinenz treiben

dürften, sondern auch nicht in wirtschaftlichen Angelegenheiten. Die Gewerkschaften hätten zu prüfen, in welcher Weise die Veränderungen des Kapitalismus, die zwar nicht sein Wesen aber immerhin seine Erscheinungsformen betreffen, nutzbar gemacht werden könnten. Sind die Gewerkschaften, wie kürzlich Albert Thomas betonte, heute Meister der Sozialpolitik, so wachen ihnen zwangsläufig auch wirtschaftliche Aufgaben zu. Sie fühlen sich als Sachwalter der Arbeitskraft und sind infolgedessen besonders berufen, nachdem politisch-demokratische Verhältnisse zur Herrschaft gekommen sind, der noch herrschenden

### ökonomischen Autokratie zu Leibe zu gehen.

Die soziale Demokratie sei den Deutschen zwar schon in der Verfassung verprochen, aber „das Grundgesetz der deutschen Nation“ sei in hohem Maße noch nur ein geschriebenes Recht und werde es wohl auch noch auf längere Zeit bleiben. Die deutsche Republik sei noch kein Arbeiterstaat und wird es auch nicht sein, solange nicht die Macht der Arbeiter dem geschriebenen Recht, das nur nur Attrappe ist, Inhalt verleiht.

Das Prinzip der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung verlangt eine Ergänzung durch Vertretungen der Arbeiterkraft in allen Institutionen und Organisationen, die von Staats wegen für wirtschaftliche Aufgaben geschaffen werden. Wir müssen überall eindringen, wo immer es eine Tribüne gibt, von der aus wir wirken können.

### Massenbewegungen allein tun es nicht,

jeder Praktiker weiß, daß sie um so schneller zum Ende geführt werden müssen, je größer sie sind. Das System stürzen wir damit nicht. Deshalb bleibt die praktische Einführung auf die wirtschaftliche Entwicklung eine notwendige Aufgabe. Wir müssen mitbestimmend werden in allen Fragen der Wirtschaftspolitik. Forderungen z. B., die wir erreichen wollen, sind gleichbedeutend mit Preisermäßigungen, und diese sind einem allgemeinen Vorkaufsrecht gleichzustellen. Wir wollen hier einen stärkeren Einfluß haben, wir müssen das Tempo unserer Einfuhrnahme beschleunigen. Dem sollte die Vertiefung weiterer Forderungen auf dem Gewerkschaftskongress in Hamburg dienen. Wir wollen ein Ganzes aufstellen, für die Gewerkschaftsbewegung neue Impulse schaffen.

Es gibt bereits zahlreiche Ansatzpunkte für eine Einführung der Gewerkschaften. Der Verwaltungsrat der Reichspost, der Beirat der Reichsbahn, die Wasserstraßen-Beiräte, das Finanz- und Kartellgericht, die staatlichen Monopolverwaltungen, die Reichsbank, die halbstaatlichen Sanitätäre für Kali und Kohlen — in alle diese Organisationen müssen wir viel stärker hinein als bisher. Schon 1926 haben wir außerdem gefordert, daß man der Arbeiterkraft

### Vertretungen in den Kartellen

gewähren müsse. Wir müssen überhaupt dauernd überprüfen, wo sich weitere Ansatzpunkte zeigen, wo ein Eindringen möglich ist. Wir haben kürzlich erst wieder einen kleinen Fortschritt erreichen können, wir haben einen Vertreter des Verkehrsverbundes in die Luftkassa hineingekriegt. Im ganzen sind bereits mehrere hundert Gewerkschaftsvertreter in den verschiedenen Organisationen, vom Reichswirtschaftsrat bis zu den Kartellverwaltungen, in Tätigkeit.

Wir wollen über all dieser Tätigkeit unsere älteren Aufgaben nicht veräußern. Der Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bleibt das Höchste.

Wie wir in diesem Kampfe die Kräfte in einer organisierten Massenbewegung gesammelt haben, so sind wir uns darüber klar, daß auch die Demokratisierung der Wirtschaft nur mit der gesammelten Kraft der Arbeiterorganisationen voranzutreiben werden kann. Aus ist auch die Demokratisierung der Wirtschaft ein Teil des Klassenkampfes. Wir wissen, die vollendete Wirtschaftsdemokratie ist gleichbedeutend mit sozialistischer Wirtschaftsordnung. Die Demokratisierung der Wirtschaft mündet also in den Sozialismus. Aber wir wollen diese Entwicklung nicht allein von irgendwelchen zukünftig einmal möglichen günstigeren Konstellationen erwarten,

wir wollen schon der Gegenwart abringen, was ihr abzurufen möglich ist.

Wenn die Gewerkschaften erklären, daß auch ihr Ziel die sozialistische Ordnung der Dinge ist, so verbinden sie doch damit die

## Schwankender Arbeitsmarkt

In den Feststellungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes über den Arbeitsmarkt und Kurzarbeit der Gewerkschaftsmittglieder für den 20. September als Stichtag ist u. a. die Wirkung der langanhaltenden guten Witterung zum Ausdruck gekommen. Wesentlich dadurch beeinflusst, ist der Prozentsatz der arbeitslosen Gewerkschaftsmittglieder, der Ende August 6,5 war, bis Ende September nur auf 6,0 gestiegen. Dabei ist der Anteil der Kurzarbeiter an der Mitgliederzahl sogar von 6,6 auf 6,3 Prozent zurückgegangen. Trotzdem bleibt das Verhältnis zur gleichen Zeit des Vorjahres sehr ungünstig. Ende September 1927 waren nur 4,7 Prozent der freigewerkschaftlich organisierten arbeitslos (gegen 6,6 Prozent 1928), vor einem Jahre waren auch nur 2,4 Prozent Kurzarbeiter vorhanden dagegen Ende September 1928 nicht weniger als 6,3 Prozent.

Natürlich war aber die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Verlauf des September nicht für alle Berufe und Gewerkschaften gleich. Zunehmende Arbeitslosigkeit war zu verzeichnen bei den Berg- und Steinarbeitern, in der Gruppe Keramik, bei den Metallarbeitern, in der Gruppe Chemie, bei den Textilarbeitern, bei den Lithographen, in der Gruppe Jucker, Konventionen- und Pflanzenzuchtstellung, bei den Tabakarbeitern, im Bau- und Gewerksbund und bei den Zimmerern, beim Verkehrsbund, bei den Friseurern und Gärtnern und im Fabrikarbeiterverband. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit war bei den einzelnen Verbänden so verschieden, wie die prozentuale Höhe der Arbeitslosigkeit verschieden ist.

Die geringste Arbeitslosigkeit weisen die Gemeinde- und Staatsarbeiter mit 1,2 und die Bergarbeiter mit 1,7 Prozent auf. Am stärksten ist die Arbeitslosigkeit bei den Hutarbeitern. (Diese hatten aber im Laufe des September eine Verminderung der Arbeitslosigkeit von 23,5 auf 19,5 Prozent zu verzeichnen.) Auch den Hutarbeitern kommen die Schuhmacher mit 17,3 Prozent, deren Arbeitslosigkeit sich aber auch im September etwas verringerte. Auch die Sattler, Tapezierer und Portefeuliers haben mit 15,7 Prozent jetzt eine etwas geringere Arbeitslosigkeit als Ende August. Es folgen dann die Gärtner (14,7 Prozent, Zunahme), die Beschäftigten der Textilindustrie (14,3 Prozent, Abnahme) und die Gruppe Tiefbauarbeiter im Bau- und Gewerksbund (13,4 Prozent, Zunahme). Die größte freigewerkschaftliche Organisation, der Metallarbeiter-Verband, verzeichnete Ende September einen Prozentsatz der Vollarbeitslosen von 5,7 Prozent gegenüber 5,4 Prozent vor einem Monat und 4,4 Prozent vor einem Jahre. Die Kurzarbeit bei den Metallarbeitern ist von 5,6 Prozent vor einem Monat auf 6,5 Prozent gestiegen und damit fast dreimal so hoch als vor einem Jahre (2,2 Prozent).

## Die Leipziger Hausmeister im Kampfe um den Tarifvertrag

Vom Deutschen Verkehrsband wird uns geschrieben: Nach der Revolution begannen auch die Hausmeister sich zusammenzuschließen, um ihre Arbeitsbedingungen auf gewerkschaftlicher Grundlage zu regeln. Anfangs zu einer selbstständigen Organisation vereint, schlossen sich 1926 die Hausmeister dem Deutschen Verkehrsband als besondere Sektion an.

Wiederholt hatte die frühere selbständige Organisation, aber auch die Sektion des Deutschen Verkehrsbandes, mit dem Verband der Hausbesitzervereine Leipzig auf dem Wege tarifvertraglicher Vereinbarungen Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Hausmeister festgelegt. Seit etwa einem Jahre bestreiten aber die Leipziger Hausbesitzervereine ihre Tariffähigkeit und lehnen weitere Vereinbarungen ab.

Am nun überhaupt vorwärts zu kommen, galt es, die Anerkennung der Hausbesitzervereine als tariffähige Unternehmerorganisation herbeizuführen. In wiederholten Verhandlungen hat sich der Schlichtungsausschuß Leipzig mit dieser Frage befaßt. Aber erst in letzter Zeit hat er Klar zum Ausdruck gebracht, daß zwar nicht der Verband der Leipziger Hausbesitzervereine, wohl aber die einzelnen Hausbesitzervereine als tariffähige Organisationen anzusehen sind. Um diesen Beschluß zu erreichen, war es notwendig, umfangreiche Unterlagen herbeizuschaffen. Eine nicht unwesentliche Rolle hat dabei ein Urteil des Kammergerichts Berlin und das in der gleichen Sache gefällte Urteil des Reichsgerichts gespielt. In ihren Urteilen kamen beide Instanzen zu der Auffassung, daß Hausbesitzerorganisationen als tariffähige Organisationen im Sinne des § 1 der Tarifvertragsordnung anzusehen sind.

Nachdem nun die Frage, ob die Leipziger Hausbesitzervereine tariffähige Organisationen sind, als geklärt anzusehen ist, haben wir zunächst einmal dem Allgemeinen Hausbesitzerverein zu Leipzig den Antrag zu einem Tarifvertrag für Hausmeister in Hauptberuf gestellt. Der Verein wurde durch Beschluß des Schlichtungsausschusses Leipzig verpflichtet, bis Ende Oktober 1928 mit uns über diesen Entwurf in Verhandlungen zu treten. Gleichzeitig haben wir aber auch sämtlichen Hausbesitzervereinen (es existieren nicht weniger als 22 in Leipzig) den Entwurf zu einem Tarifvertrag für Hausmeister in Nebenberuf gestellt, mit der gleichzeitigen Aufforderung, sich darüber bis zum 15. Oktober zu äußern.

Die Tarifbewegung der Leipziger Hausmeister ist also jetzt in ein Stadium getreten, wo es sich um den Ausbruch der Kämpfe um Einzelforderungen handelt. Wir wollen nicht unerwähnt lassen, daß es sich hier (trotz mancher Tarifvereinbarung, die schon bestanden) immerhin um Neuland handelt. Die Arbeitsbedingungen der Hausmeister sind ja außerordentlich vielfältig, und manchmal hat es für einen Fernstehenden den Anschein, als lägen sie sich überhaupt nicht auf dem Wege des Tarifvertrages regeln. Diese Vielgestaltigkeit der Arbeitsbedingungen hat aber wohl in der Hauptsache ihre Ursache darin, daß es bisher die Hausbesitzer immer verstanden haben, ihren Hausmeistern wohl große Verpflichtungen aufzuerlegen, ihnen dafür aber sehr wenig Rechte einzuräumen.

Wesentlich der Zustimmung, bis dahin die Unternehmer allein herrschen zu lassen. Wir wollen weiterhin gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung mit allen Mitteln der Massenbewegung von unten ankämpfen, wir wollen aber gleichzeitig auch in das kapitalistische Wirtschaftsgebäude eindringen und darin mitwirken.

Zu diesen Darlegungen des Genossen Eggert ist kritisch sicherlich sehr viel zu bemerken. Da er in seinem Schlußwort mit einer unmissverständlichen Wendung zu einigen jüdischen Parteileitungen hin erklärt hat, aus dem engen Gesichtskreis eines Journalisten könnten die Probleme der Wirtschaftsdemokratie nicht richtig gesehen werden, das sei nur möglich von der gewerkschaftlichen Praxis aus, so möchten wir ebenso freundlich und bescheiden wie Eggert doch wenigstens das eine anmerken, ob denn nicht doch in Wirklichkeit der Gesichtskreis zwar nicht jedes, aber doch vieler Journalisten weiter ist, als der Gesichtskreis zwar nicht jedes, aber doch vieler Gewerkschaftspraktiker. Sowie Selbstkenntnis sollte auch in dem Kreise um Eggert herum vorhanden sein, daß man die Bewegung des Gesichtskreises bemerkt, die erfahrungsgemäß einer mehr oder weniger ausschließlich auf das Praktische, d. h. notwendigerweise auf das Zunächstliegende gerichteten Tätigkeit anhaftet.

Die Diskussion zu dem Referat, die von drei Vertretern der kommunistischen Opposition bestritten wurde (Mehlig-Hirschfeld, Lange-Höha und Leitzner-Fridow), hat keine Anhaltspunkte für eine fruchtbare Kritik gezeigt, obwohl wenigstens die beiden letzten kommunistischen Diskussionsredner sachlich und recht geschickt sprachen.

Als Großorganisation steht der Deutsche Verkehrsband hinter den Leipziger Hausmeistern und wird den Kampf um die tarifvertragliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mit aller Energie durchzuführen. Dabei wird erwartet, daß auch die Leipziger Hausmeister im einzelnen alles tun, um die Organisation, in diesem Falle ihre Sektion der Hausmeister im Deutschen Verkehrsband, zu stärken.

## Arbeitszeit der Bauarbeiter

SPD In Hunderten von Versammlungen nahmen dieser Tage die Bauarbeiter im ganzen Reich zu den Fragen der Arbeitszeit, der Ferien und des Bauarbeiterlohnes Stellung. In der Arbeitszeitfrage ist der Vorstoß der Arbeitgeber gegen den Achtstundentag glänzend abgewehrt worden. Kurz in Thüringen und Württemberg, die reaktionär eingestellte Regierungen haben, wurde durch ministerielle Verfügung für den Tiefbau die neunten Arbeitsstunden bewilligt. In Württemberg hat jedoch die Organisation trotzdem aus eigener Kraft den Achtstundentag aufrechterhalten. Zur Verbesserung des Jugendbeschäftigten fordert der Bauergewerkschaftsbund neben der Erweiterung der Ferien vor allem volles Tarifrecht, volle Lohnentschädigung für mehrtägige Schulkunden, durchgehende Beschäftigung für die Lehrlinge und Festlegung von Lehrlingshöchstzahlen nach einem bestimmten Schlüssel.

Der Textilarbeiterverband für Buren und Umgebung schloß in seiner Mitgliederversammlung einstimmig den Spruch des Schlichtungsausschusses in der Lohnstreitfrage ab.

Der Reichsverband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten hält in der Zeit vom 28. bis 31. Oktober seinen 17. ordentlichen Verbandstag in Berlin ab.

Krisenunterstützte sind, wie aus einer Mitteilung des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung hervorgeht, bei geeigneten Fortbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten besonders zu berücksichtigen. Nach Artikel 4 der Verordnung zur Förderung der Arbeitsaufnahme ist die Heranziehung auch Nicht-Unterstützter zu solchen Maßnahmen möglich, wenn der Reichsanstalt Kosten dadurch nicht entstehen. Der Präsident empfiehlt ein Zusammenarbeiten der Arbeitsämter mit der öffentlichen Fürsorge im Interesse der dort Unterstützten.

## Vom Streik zur Aussperrung

Die Bewegung der französischen Seeleute

SPD Paris, 20. Oktober. Die Matrosen und Schiffsangestellten in Marseille, die in einen 24stündigen Proteststreik getreten waren, wollten am Sonnabend die Arbeit wieder aufnehmen, jedoch forderten die Schiffsgehilfen einen Verzicht auf jede weitere Protestbewegung. Das wurde von dem Angestelltenindividuum abgelehnt. Infolgedessen dauert die Arbeitsruhe an. Nur drei Dampfer konnten am Sonnabend den Hafen von Marseille verlassen.

Im Konflikt der Seeleute und Eisenarbeiter haben beide Parteien einen Vorschlag auf Abschluß einer Art Waffenstillstand mit dem Zweck, den in Marseille wartenden etwa 7000 Passagieren die Abreise zu ermöglichen, abgelehnt.

## Abbruch des Lodzer Streiks

SPD Warschau, 21. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In der Nacht zum Sonntag haben die Gewerkschaften beschlossen, den Lodzer Textilstreik als aussichtslos abzubrechen und am Montag die Arbeit wieder aufnehmen zu lassen. Die Kommunisten stimmten für den Abbruch des Streiks, während die Arbeiter auch bis zur letzten Minute aufhielten, den Kampf fortzuführen. Erreicht wurde für die Arbeitererschaft eine 5prozentige Lohnerhöhung. Außerdem jagten die Unternehmer die Einführung einer Reihe sozialer Forderungen zu. Der Streikleitung wurde am Sonntag in zahlreichen Massenversammlungen das volle Vertrauen der Arbeitererschaft ausgesprochen. Die Regierung hat während des ganzen Streiks eine außerordentlich klägliche Rolle gespielt und innerlich der Arbeiterbewegung große Empörung hervorgerufen.

## Arbeitslosenversicherung in USA

Auf Grund der Erneuerung des Vertrages zwischen dem Verband der Bekleidungsarbeiter und der Vereinigung der Arbeitgeber in der Bekleidungsindustrie von Chicago wurde das im Jahre 1923 geschaffene System einer Arbeitslosenversicherung ausgebaut. Wie das Internationale Arbeitsamt dazu mitteilt, haben Arbeitgeber und Arbeitnehmer bisher je 1 1/2 Prozent des Wochenlohnes an die Arbeitslosenversicherungskasse bezahlt. Auf Grund der neuen Vereinbarung erhöht sich der Arbeitgeberanteil auf 3 Prozent, während der Arbeitnehmeranteil nach wie vor 1 1/2 Prozent bleibt. Man hofft, auf diese Weise die Leistungen für die Arbeitslosen erhöhen zu können. Seit 1923 hat die Kasse 4 000 000 Dollar eingenommen und 3 000 000 Dollar an Unterstützungen gezahlt. Auf der gleichen Grundlage wurde eine Arbeitslosenversicherung in der Bekleidungsindustrie von Rochester zwischen der Gewerkschaft und dem Arbeitgeberverband vereinbart. Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherungskasse betragen 3 Prozent des Wochenlohnes und werden je zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgebracht.

## Genossenschafts-Fortschritte

SPD Dem Abschluß des Konsumvereins Vorwärts in Dresden entnehmen wir, daß sich der Jahresumsatz um 10 Millionen (= 26 Prozent) auf 47,7 Millionen Mark steigerte. Der Umsatz je Mitglied erhöhte sich damit von 628 Mark auf 745 Mark. Die im November 1928 vorgenommene Fleischversorgung erzielte in 9 Verteilungsteilen einen Absatz von 2,02 Millionen Mark. In der Milchversorgung wurden 4,314 Millionen Liter gegenüber 3,15 Millionen Liter im Vorjahr umgekehrt. Die drei Großbäckereien der Genossenschaft erzielten einen Umsatz von 7,58 Millionen Mark.

Vor allem durch die sich ständig vergrößernden Eigenbetriebe konnte der Dresdner Konsumverein stark auf den Preisstand einwirken. Der Konsumgenossenschaftliche Absatz an Milch brachte z. B. den Verbrauchern allein eine Jahresersparnis von 130.000 Mark. Berücksichtigt man bei dieser Rechnung die Rückvergütungen, so ergibt sich eine Ersparnis von 190.000 Mark. Die Preispolitik lag durchweg unter den Preisen der privatwirtschaftlichen Bäckereien. Der Nutzen dieser vom Konsumverein Vorwärts durchgeführten Brotverbilligung kam nicht nur den Mitgliedern der Genossenschaft, sondern allen im Absatzgebiet des Konsumvereins Vorwärts wohnenden Verbrauchern zugute. Die Umstände sind es zuzuschreiben, daß die Stadt Dresden von fast allen deutschen Großstädten den niedrigsten Brotpreis zu verzeichnen hat.

Interessant sind auch in der vom Konsumverein Vorwärts vorgelegten Bilanz die Auswirkungen der sogenannten Sozialkassen. Der Dresdner Konsum kann als Großbetrieb gelten. Die Steigerung der sogenannten Sozialkosten macht aber bei ihm nur, verglichen mit dem Vorjahr und zu dem Gesamtumsatz in Beziehung gesetzt, einen minimalen Bruchteil aus. Da die Auswirkungen der sogenannten Sozialbelastung auf private Betriebe kaum anders sein dürfen, ergibt sich die Haltlosigkeit der Behauptungen der Unternehmer, die Sozialfürsorge beeinträchtigt die Rentabilität!

## Die Konsumgenossenschaften gegen den Reichsernährungsminister

SPD Auf der Tagung des Einzelhandels hielt der Reichsernährungsminister Dietrich am vorigen Sonnabend eine Rede, die in weiten Kreisen Bekanntheit erlangt hat. Sie fand an dieser Stelle bereits entsprechende Kritik. In dieser Rede erklärte sich der Reichsernährungsminister eine Attacke gegen die Konsumvereine. Er führte nämlich unter anderem folgendes aus:

„Die Konsumvereine haben nur dann eine Existenzberechtigung, wenn sie ohne staatliche Begünstigung dem Einzelhandel gewachsen sind. Irrend eine steuerliche oder sonstige Bevorzugung läßt sich nicht verantworten.“

Selbstverständlich fand der Minister mit diesen Ausführungen den Beifall der anwesenden Einzelhändler und der unparteiische Zuhörer dieser Ministertede hatte den Eindruck, daß Herr Dietrich aus Baden hier eine Gelegenheit wahrnahm, mal billigen Applaus zu ernten.

Der Reichsernährungsminister wird aber nicht überrascht sein, wenn die Verbraucherorganisationen, jetzt seine Rede zum Anlaß genommen haben, ihm in aller Deutlichkeit zu antworten. So stellt der Zentralverein deutscher Konsumvereine in seinem Organ fest, der Minister habe durch seine Rede bekannt, daß er gewillt sei, eine Konsumvereinsfeindliche Gesetzgebung zu fördern. Daran werden folgende Bemerkungen geknüpft:

„Bislang genossen die Konsumvereine noch keine steuerliche Bevorzugung. Soweit sie steuerlich gerecht behandelt wurden, entsprach das lediglich ihrem besonderen Wesen und den besonderen gesetzlichen Bedingungen, unter denen sie zu wirtschaften haben. Aber diese gerechte Behandlung ist die Ausnahme, die ungerechte die Regel. Wenn man von Konsumvereinen Gewerbesteuer erhebt, obwohl sie kein Gewerbe treiben, noch treiben dürfen und obwohl die gesamte Rechtsprechung feststellt, daß sie keine Gewerbetreibenden sind, so ist das unverhältnißlos Unrecht. Wenn man von Konsumvereinen Umsatzsteuer erhebt, obwohl bei ihrer Warenverteilung von einem Umsatz im steuerrechtlichen Sinn gar nicht die Rede sein kann, so ist das ebenfalls unverhältnißlos Unrecht schlimmer Art. Herr Dietrich läßt durchblicken, daß er dieses Unrecht durch die Beseitigung der paar Ausnahmen gerechter Behandlung noch erweitern möchte. In dieser unsozialen Gesinnung ist er natürlich ein Mann nach dem Geschmack der Mittelständler, deren „Leistungsfähigkeit“ im Weltgewerbe nur vorhanden ist, wenn der Konkurrent unter Sonderrecht gestellt wird. Wir erwarten vom Ernährungsminister Dietrich keine Förderung der für die Ernährung eines armen Volkes so unentbehrlichen und wertvollen Verbrauchervereinigungen, keine Anerkennung der gewaltigen, in sein Bestreben Leistungen der Konsumvereine in Deutschlands schlimmster Zeit, in Krieg und Inflation. Aber wir genügen unserer Pflicht, wenn wir die Verbraucher mit allem Nachdruck darauf hinweisen,

wie völlig ungeeigneten Leuten weiterer zugewiesen werden, zu deren Zweck ihre Gefährdung in höchstem Widerspruch steht.“

## Deutschlands Kupferproduktion

Der Gesamtumsatz für die Wahrung der Interessen der deutschen Metallwirtschaft gibt in Gemeinschaft mit der Metallgesellschaft ermittelte Zahlen über Deutschlands Kupferproduktion bekannt, aus denen man erstmalig die Höhe der monatlichen Produktion verfolgen kann. Für die Raffinaderproduktion waren bisher überhaupt weder Jahres- noch Monatsziffern bekannt. Hier stellt also die heutige Veröffentlichung einen besonders erfreulichen Fortschritt dar.

Es betrug die Kupferhüttenproduktion in Deutschland (Kupfer, im wesentlichen aus Erzen und Konzentraten) in Tonnen je 1000 Kilogramm im Jahre 1927 insgesamt 52.900 Tonnen, im Monatsdurchschnitt 400 Tonnen. Demgegenüber stellten sich die einzelnen Monatsziffern für 1928 bisher wie folgt: Januar 4097 Tonnen, Februar 3849 Tonnen, März 4308 Tonnen, April 4253 Tonnen, Mai 3780 Tonnen, Juni 4154 Tonnen, Juli 4054 Tonnen, August 4160 Tonnen, zusammen 32.745 Tonnen. Der Monatsdurchschnitt 1928 beträgt also bisher 4093 Tonnen.

Die Kupfer-Raffinaderproduktion in Deutschland (aus Kupfer, gleichgültig ob aus Erzen und Konzentraten oder aus Alt- und Abfallmaterial gewonnen) zeigt folgendes Bild (in Tonnen je 1000 Kilogramm): 1927 insgesamt 104.590 Tonnen, im Monatsdurchschnitt 8717 Tonnen. Die Monatsziffern für 1928 lauten: Januar 7237 Tonnen, Februar 6553 Tonnen, März 8164 Tonnen, April 7769 Tonnen, Mai 828 Tonnen, Juni 8362 Tonnen, Juli 9425 Tonnen, August 10.042 Tonnen, zusammen 65.781 Tonnen. Der Monatsdurchschnitt für 1928 liegt also bisher bei 8223 Tonnen. Sowohl in der Hütten- wie in der Raffinaderproduktion ist mithin der diesjährige Monatsdurchschnitt etwas niedriger als der vorjährige. Ein abschließendes Bild läßt sich aber erst gewinnen, wenn auch für 1928 das Gesamtergebnis vorliegt.

## Die deutschen Banken und die russischen Schulden

Wie aus Moskau gemeldet wird, ist dort bekanntgeworden, daß sich eine Gruppe deutscher Banken unter Führung des Bankhauses Mendelsohn dem internationalen Verband der Gläubiger Russlands angeschlossen habe. Diese Nachricht hat in Moskau beträchtliches Aufsehen erregt. Von russischer halbamtlicher Seite ist dazu mitgeteilt worden, daß die Reichsregierung dieser Aktion der Banken vollkommen fernstehe. Die deutsche Reichsregierung habe in den deutsch-russischen Handelsverträgen auf sämtliche Ansprüche der deutschen Wirtschaft auf das vor dem Kriege in Rußland investierte Kapital Verzicht geleistet. Die Sowjetregierung werde daher etwaige Ansprüche des internationalen Komitees überhaupt nicht anerkennen. Die Nitwestja nimmt zu der Angelegenheit in einem Leitartikel Stellung und erklärt, daß der Schritt der deutschen Banken die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen und insbesondere die bevorstehenden deutsch-russischen Verhandlungen beeinträchtigen könne. Die Sowjetregierung werde eine abwartende Stellung einnehmen und eine Bestätigung des Anschlusses der Mendelsohn-Gruppe an den internationalen Verband der Rußland-Gläubiger abwarten. In diesem Falle werde die Sowjetregierung dieses Vorgehen als eine Verletzung des deutsch-russischen Handelsvertrages ansehen. Von zuständiger deutscher Stelle ist in der Angelegenheit bisher keine amtliche Verlautbarung erfolgt. Es wurde lediglich erklärt, daß die Reichsregierung dem Schritt der Bankengruppe völlig fernstehe und sie als eine Privataktion betrachte, auf die sie keinen Einfluß habe.

## Ein internationaler Elektrokreis

Der belgische Elektrizitätsruhr Sojina gibt am Freitag die schon seit einiger Zeit erwartete Gründung des neuen internationalen Elektrizitätsruhrs amtlich bekannt. Es handelt sich um einen der gewaltigsten Welttrüsts, dessen normales Aktienkapital nur 100 Millionen Frank beträgt. Gründer sind etwa 50 der größten belgischen, französischen, deutschen, englischen, amerikanischen, holländischen und spanischen Banken und Elektrizitätsunternehmen. Von deutscher Seite sind beteiligt: Gesellschaft für elektrische Unternehmungen, S. Reichröder, Darmstädter und Nationalbank, Deutsche Bank, Diskonto-Gesellschaft, ferner Warburg & Co., Hamburg. Sitz des Trüsts ist Brüssel. Ob die Sojina neben dem neuen Trüst weiter bestehen soll, wird nicht bekanntgegeben. Man nimmt an, daß das neue Unternehmen zunächst die größten Anstrengungen machen wird, um die geplante

prohüigige Elektrifizierung Belgiens in die Hände zu bekommen. Über den Zweck der Gründung wird nichts bekanntgegeben. Entsprechend wird der neugegründete Trüst den Versuch machen, durch Erwerb von Anteilen Kapitalverflechtungen zu schaffen, die zur Bildung eines internationalen Elektrokreislaufes führen können. Ob das gelingt, muß abgewartet werden. Die Gesellschaft für elektrische Unternehmungen (Gesjitel) steht der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft nahe.

## Eine Großhandelsorganisation der Großschlächter

Der Reichsverband der Großschlächter hat, wie der Industrieskurier meldet, in der letzten Sitzung seines Gesamtverbandes einstimmig den Beschluß gefaßt, ein eigenes, kaufmännisch organisiertes Wirtschaftsunternehmen ins Leben zu rufen unter der Firma Fleischgroßhandels-AG des Reichsverbandes der deutschen Großschlächter. Die Gründungsversammlung findet Anfang November d. J. statt. Zweck der neuen Gesellschaft ist die Vornahme aller in den Rahmen des Großschlächtergewerbes fallenden Geschäfte, insbesondere die Ein- und Ausfuhr von Vieh und Fleisch und die Erfüllung der Funktionen einer Ausgleichsstelle zwischen Zu- und Ueberreichungsgebieten.

SPD Finanzierungs-Gesellschaft für Lieferung von Landkraftmaschinen. In Berlin ist unter Beteiligung der Großbanken die Finanzierungs-Gesellschaft für Industriellieferungen mit einem Kapital von 1 Million Mark gegründet worden. Das Unternehmen verfolgt den Zweck, der Industrie, vor allem bei inländischen Lieferungen, Wirtschaftskredit zur Verfügung zu stellen, die eine Laufzeit bis zu 18 Monaten haben. Am Aufsichtsrat des neuen Unternehmens sitzen zum Teil Leute, die in enger Beziehung zur Landwirtschaft stehen, wodurch sich auch Verbindungen mit der vor kurzem gegründeten Finanzierungs-Gesellschaft für Landkraftmaschinen ergeben. Die Erfahrungen dieses Instituts sollen den Arbeiten der neuen Gesellschaft zugrunde gelegt werden.

## Leipziger Rundfunkprogramm

Dienstag, den 23. Oktober.

- 14,15 Uhr: Vespereben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt.
- 15,00 Uhr: Frostmeldungen.
- Anschließend: Musikalische Kaffeestunde mit Funkwerbung.
- 16,30 Uhr: Alte Hausmusik. (Von 17,00 bis 17,45 Uhr: Uebertragung auf den Deutschlandsender.) Mitwirkende: Käthe Grundmann und Käthe Weigel (Ducette), Dr. Helmut Schulz (Cembalo).
- 18,05 Uhr: Frauenfunk. Frau Dr. Doris Herwig-Bünger, M.D.N., Dresden: „Die Frau und die Wissenschaft“.
- 18,30—18,55 Uhr: Vektor Claude Grandier, Gertrud von Esyeren: Französisch für Anfänger. (Deutsche Welle, Berlin.)
- 18,55 Uhr: Wettervorhersage und Zeitangabe.
- 19,00 Uhr: Dr. M. A. Behm, Leipzig: „Die Ursachen öffentlicher Wirtschaftskrisen“.
- 19,30 Uhr: Dr. von Kempen, Dessau: „Grundelemente künstlerischer Gestaltung in der Gegenwart“.
- 20,00 Uhr: Beliebte Opern-Arien, Gesungen von Kammerängerin Marcella Koehler von der Metropolitan-Oper in New York. Das Leipziger Sinfonie-Orchester. Dirigent: Alfred Sgendrei. 1. Mozart: Overtüre zu „Figaros Hochzeit“. 2. Mozart: Arie der Gräfin aus „Figaros Hochzeit“. 3. Weber: Arie der Agathe aus „Freischütz“. 4. Smetana: Overtüre „Die verkaufte Braut“.
- 21,00 Uhr: Das Klavierkonzert in 3 Jahrhunderten. Dirigent: Alfred Sgendrei. Solist: Erik Weismann. Das Leipziger Sinfonie-Orchester. Einleitender Vortrag von Dr. Wilhelm Hühig.
- 22,00 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.
- 22,15 Uhr: Nachtmusik. Leipziger Rundfunk-Orchester: Wilhelm Rettich.



## Eodom und Gomorrha

61 Roman von Carl Colberg.

Copyright by Drei Masken Verlag, München, Berlin

Wieder hatte er einen Fehler gemacht. Er fühlte es deutlich. Nicht von einem Wunsche hätte er sprechen sollen, sondern von einem Entschlusse. Hier ließ er eine wohlüberdachte Pause eintreten. Der Augenblick schien ihm gekommen, wo Innerhuber etwas sagen mußte. Erwartungsvoll sah er zu ihm hinüber. Aber dieser blieb unbeweglich und stumm wie bisher. Offenbar wollte er den Besucher nötigen, alles zu sagen, was er auf dem Herzen hatte. Auf einem Nebentischchen standen Rifen mit Zigaretten und Schachteln mit Zigaretten. Nichts wurde angeboten. Die Pause hatte länger gedauert, als Prognitzer beabsichtigt hatte. Als er die Notwendigkeit weiterzugehen sah, mußte er sich dazu förmlich zwingen. Die Eisestühle seines Gegenübers wirkte fast körperlich schmerzhaft. Er setzte auseinander, wie notwendig es sei, die Gewerkschaft zu schwächen; zu groß seien ihre Geldmittel im jahrelangen gewerkschaftlichen Frieden geworden und viel zu stark vor allem ihr Einfluß auf die Arbeiterschaft. Wenn möglich diesen Einfluß, aber jedenfalls die Geldmittel zu schwächen, sei als unbedingt notwendig erkannt worden. Alles andere wäre Nebenjaße. Der Geschlossenheit der Arbeitnehmer die Einheitlichkeit der Unternehmer entgegenzustellen, werde die Bürgschaft des Erfolges sein. Die Aktiengesellschaften seien einzig und durch Vertrag verpflichtet; die kleineren Unternehmer werden sich nicht absetzen können, wenn sich das einzige große Einzelunternehmen dem Kampfgebirge der Aktiengesellschaften anschließt. Diesen Anschlag in die Wege zu leiten, sei der Zweck der Unternehmung.

Wieder schloß er und wartete. Innerhuber stand auf. „Ich werde mir die Sache überlegen.“ Vergebens suchte Prognitzer ihn von der Notwendigkeit sofortigen Bescheides zu überzeugen und ihn dazu zu bestimmen. Alle Beweglichkeit des Ostens prägte an der unnahbaren Stille des anderen ab wie Gummitugeln von einer Steinmauer. Als er eindringlich, ja beinahe zudringlich wurde, bemerkte Innerhuber: „Ich lasse mich einzig und allein von industriellen Erwägungen leiten.“ und fügte mit etwas mehr Betonung hinzu, daß ihn Börsenspekulationen nicht interessieren. Das war überrauschend deutlich, zeigte, daß sich nicht allein der Bankmann über die Lage des Fabrikanten, sondern ebenso der Fabrikant über die Lage und Absichten des Bankmannes unterrichtet hatte. Es war so deutlich, daß Prognitzer weiteres Drängen zwecklos fand. Dieser Mann aus Granit und Stahl gab nur nach, wenn Ablehnen weniger Vorteile bot. Auch er stand auf und verabschiedete sich. Inner-

huber schloß. Dann begleitete er den Besucher bis zur Zimmertür. Zwei Verbeugungen zum Abschied. Im Vorzimmer reichte ihm der alte Diener Hut und Stod und alles war vorbei.

Während er die Treppe hinabstieg, schwang sich im Torweg ein junger Mann vom Pferde. Auf dem unteren Treppenaßge begegneten sie einander. Prognitzer erriet selbstverständlich, daß es der junge Innerhuber sei. Er grüßte. Der junge Reiter erwiderte wie einer, der nicht weiß, wem er dankt. Während Prognitzer an seine Tochter dachte, überlegte oben der alte Herr, unter welchen Bedingungen er Sebastian Gaston der Tochter des reichen Juden geben würde. Denn unter vielen anderen war ihm auch von ihr erzählt worden. Beide Geschäftsteile saßen zu gleicher Zeit den gleichen Plan. Nachdem Gaston Innerhuber dem Vater guten Tag gesagt hatte, fragte er, wer der fremde Herr gewesen sei. „Bon unsere Veut“, scheint mir.“

— „Nach' dich nicht lustig über ihn. Er könnte leicht dein Schwiegervater werden.“

Michael Innerhuber empfand es deutlich, daß sein Haus den Höhepunkt überschritten hätte. Ohnehin hatte es schon über das Durchschnittsalter der Wiener Patrizierhäuser gelebt. Vier Geschlechter lang hatte die Kraft der herrischen Berge über das Gift im Blute der Familie gestaut, aber in seinem Sohne ging sie zu Ende. Es war höchste Zeit, den Ertrag von hundert Jahren Arbeit in Sicherheit zu bringen, aus dem fünften Geschlecht zu machen, wozu in der Regel schon das dritte bestimmt ist: den Vererber nach den Erwerbern. Schwer genug würde es zu verhindern sein, daß der junge Mensch, in dem sich die Väter des Geschlechts mit denen der Zeit zusammengedrückt hatten, der Vergeber würde. Der Besuch Prognitzers hatte dem alten Innerhuber wie in einer Offenbarung den Ausweg gezeigt: den Bankmann neuen Stils mußte er veranlassen, mit der ganzen ungeträumten Gier seiner Klasse das anzustreben, was Innerhubers alte Ueberlegung begehrte: das Ausgehen des Unternehmens, dem bald der Führer fehlen würde, in die große Aktiengesellschaft der Allgemeinen Kommissionsbank, dem Spekulantensitz für den jungen, ihm so rüchloslos entgegenzutreten, daß er sich zu dem Opfer entschließen müsse, das allein imstande wäre, das Hindernis für seine Absichten zu beseitigen: es zu erwerben, mit der eigenen Aktiengesellschaft zu vereinigen und zugleich den Sohn mitzukaufen, indem er ihn zum Schwiegersohn machte.

Innerhubers schmale Lippen verzogen sich zum Anflug eines Lächelns. Früher wurden Väter zusammengeweiht. Jetzt sind wir die Herren. Warum sollen nicht unsere Geschäfte zusammengeheiratet? Und sein rasch erfolgender Verstand, die Phantasie seines Geschäfts- und Gewinnbetriebes hatte mit der Schmelzigkeit des Blühes die Einzelheiten des Planes entworfen,

Prognitzers Bank durch Prognitzers Tochter zu gewinnen. Als er dem Sohne die Ermahnung hingeworfen hatte, war dieser nicht im geringsten überrascht gewesen. Warum denn nicht, wenn sich's der Hebräer kosten läßt, was es wert ist? Mit einer Zigarette aus der Schachtel, die Prognitzers Nervosität gesteigert hatte, ging er aus dem Zimmer. Die Sterne standen günstig. Er hatte eben begonnen, eine Frau als Dekmantel für seinen Lebensraum zu suchen. Der Aufwand Prognitzers geflatterte die Annahme, es würde sein, was er suchte. Draußen lagte er. In Gegenwart des Alten hatte er nur ein einziges Mal zu lachen gewagt, seit seinem zwölften Jahre nicht wieder. Es war ihm damals ein für allemal vergangen. Im Hause Innerhuber wurde nicht gelacht. Der Kampf hatte begonnen.

IV.

Der gestohlene Schmutz.

Hans Tassilo Prognitzer war für einige Tage in Wien. Wichtige Geschäfte des Bankhauses Theobald Wauerfeldt, dessen stiller Genossenschaftler und Prokurist er war, hatten ihn gezwungen, sich bei der Winterporzellanfabrik des Hotels Vittoria in Sankt Moritz zu entschuldigen. Sie entschloß sich ungern, ihn zu entlassen, den guten Sportmann, ebenso tadellos auf dem Toboggan wie auf dem gestorenen See und abends, ob es nun galt, die Damen in der Halle des Gasthofs durch lustige Wiener Anekdoten und Vieder zu erfreuen oder den freigebliebenen Engländern eine Bank in beliebiger Höhe aufzulegen. Die Gattin, die er zurückließ — er hörte wohlgefällig, daß man sie als Pfand, nicht als Ertrag betrachte —, ärgerte sich der Stromitwerschaft. Sie mußte, daß ihr Gatte ganz anderswo unentbehrlich war als im Bankhause des Schwiegervaters.

Hans Tassilo Prognitzer war länger, als er gemeint hatte, in Wien geblieben. Er war kein Briefschreiber, auch seiner Frau gegenüber beschränkte er sich in der Regel auf Drahtnachrichten mehr oder minder latunischer Kürze: Ein wohl, hoffe gleiches, oder: Bin verhindert, bitte Dich, bis zur vollständigen Erholung dort bleiben. Käse. Frau Eisi konnte die Bedeutung solcher Sorge für ihre vollständige Erholung, wo sie nicht leidend gewesen war und nicht das geringste Bedürfnis empfand, sich von Mentone in Davos oder von Davos in Raito zu erholen. Sie wußte, daß ihr Mann eine neue Eroberung unternommen und siegreich beendet hatte. Was sie schmerzte, war nicht der Gedanke an die neue Siegesfeier, sondern daß er ohne die geringste Regung von Eifersucht, so sogar mit dem offenen Munde, es möge lo kommen, an die Wäldchen denken sollte, die sich einer jungen, schönen und eleganten Strahmwitwe auf den Stelldicheimpfäden der Liebesgesellschaft boten. Nach jögerte sie, von ihnen Gebrauch zu machen. (Fortf. folgt.)

Offener Brief an einen Richter

Von Ernst Moriz Hüfner

Sehr geehrter Mitbürger, indem ich der Hoffnung Ausdruck gebe, daß nicht schon diese meine ungewöhnliche, doch mit gutem Grund gewählte Anrede Sie verdrießt, gestatte ich mir, Ihnen einige Vorschläge zu machen. Als neulich ein Angeklagter vor Ihnen stand, der im Laufe seiner Verteidigung auf die Bibel zu sprechen kam, in welcher auch manche ungewöhnliche Ausdrücke zu finden seien — der Angeklagte hatte sich wegen Beleidigung zu verantworten — da unterbrachen Sie ihn und sagten: „Sie brauchen uns nicht zu jagen, was die Bibel bedeutet.“ Aber das wollte der Angeklagte gar nicht. Er wollte nur sich rechtfertigen durch Hinweis auf schon in der Bibel vorhandene, recht rohe und beleidigende Ausdrücke. Mag der Angeklagte nun auch ungeachtet gewesen sein in seiner Verteidigung, mag der Vergleich mit der Bibel ganz verfehlt gewesen sein, wie kommen Sie dazu, Herr Richter, den Angeklagten erziehen zu wollen? Wozu sind Sie da? — Das Geheiß auf den Fall des Angeklagten anzuwenden, zu weiter nichts. Weder sollen Sie ihn erziehen, noch ihm ein sittliches Vorbild geben. Sie sollen richten! Und um zu richten, müssen Sie den Angeklagten hören! Und um ihn zu hören, müssen Sie ihn ausreden lassen! Ich komme damit auf etwas Allgemeines zu sprechen, Herr Richter! — Keineswegs ist der Mann auf der Anklagebank schlechter oder geringer als Sie und ich. Er ist nur angeklagt! Möglicherweise wird er freigesprochen! Und da Sie mit diesem Freispruch ja doch zum mindesten zunächst einmal zu rechnen haben, so finde ich, daß Sie ihm seine an sich schon unerfreuliche Situation nicht noch durch einen falschen Hochmut überheben beizubringen machen sollen. Sie haben durchaus, Herr Vorsitzender, den Angeklagten mit der gleichen Höflichkeit zu behandeln, wie irgendeinen Mitbürger. Wenn ich Richter wäre, so wäre es für mich selbstverständlich, den Angeklagten zum Sitzen einzuladen. Gute Manieren — oder angeblich gute Manieren — dem Angeklagten beizubringen, gehört keineswegs zu Ihrem Ressort. Verwenden Sie, Herr Richter, nur alle Ihre Kraft auf die rein sachliche Erledigung der Angelegenheit — und lassen Sie jede auch nur im Tonfall angedeutete persönliche Herabsetzung beiseite! Ob der Angeklagte, der zum Beispiel wegen Diebstahls vor Ihnen steht, ein uneheliches Kind hat, oder ob er ohne das Siegel des Standesbeamten mit einer Frau erotisch glücklich ist, das geht Sie so wenig an, daß Sie nicht einmal in der Verhandlung davon reden dürfen. Wenn Sie es nämlich in einem solchen Falle tun, so haben Sie da eine gewisse „Stimmung“ gegen den Angeklagten zu machen. Solche Taktlosigkeiten, die sich freilich manche Ihrer Kollegen, vor allem aber die Herren Staatsanwälte erlauben, zeigen, daß ihr Verüber zum Richterberuf ungeeignet ist. Ich will gar nicht davon reden, daß die Herren Staatsanwälte es noch immer unterlassen, die wahre Anklage, die sich in der Anpreisung des Vätererbschafts immer noch in gewissen Kreisen breit macht, auf die Anklagebank zu versetzen. Ich rede nur von dem, was jeder Richter begreifen muß. Sie sind nicht der Lehrer, nicht der Vorgesetzte, nicht der Erzieher des Angeklagten. Sie sind nichts als sein Mitbürger, dem das Amt gegeben wurde, das Geheiß zur Anwendung zu bringen, unter Umständen gegen ihn. Selbst wenn Sie aber gegen den Mann — mit Recht — das Geheiß zur Anwendung bringen, so brauchen Sie sich immer noch nicht besser zu dünken. Es kann immer noch sein, daß in gewissen Gebenden das Herz dieses Mannes besser ist als Ihres. Die Strafe, verbüßt und erlitten, stellt den Mann wieder Ihnen und mir und jedem unschuldigen Mitbürger gleich. Sie sitzen auf einem Richterstuhl, Herr Vorsitzender. Da rum sind Sie noch keineswegs ein besserer Mensch als dieser oder jener Angeklagte. Der gute Richter ist der, welcher es am wenigsten merkt, daß er Gewalt über das Leben und Schicksal des Angeklagten hat. Wenn ich mir Ihr Amt von der Seite ansehe, diese Stirn, die nur das Hören will, was die eigenen Vorurteile betreffen, dieses vorgeschobene Kinn des Besserwissers, diese Augen, die die Welt nicht sehen, wie sie ist, sondern, wie sie dem Träger dieser Augen zu sehen bequem ist, — wenn ich Sie sehe, Herr Richter, stolze auf die eigene Tugend und jederzeit bereit, dem Angeklagten das höchste Strafmaß zuzuerkennen, welches das Gesetz zuläßt, — dann weiß ich: So möchte ich nicht gerichtet werden, — und so möchte ich noch weniger richten! Und so empfehle ich mich von Ihnen mit der Bitte, einen Blick in den Spiegel zu werfen und nicht eher von diesem manchmal recht nützlichen Instrument wegzugehen, als bis Sie verstanden haben, warum es mir Bedürfnis war, Ihnen diesen Brief zu schreiben.

Aus dem Leben der Kleinsten

Von Dr. D. Popik

Noch kleiner als die Kleinsten.

Eine Schlussbetrachtung.

Ein recht buntes Bild der vielfach gestalteten Lebensäußerungen sollte sich in den hier im Sommer veröffentlichten Darstellungen vor unseren Augen ab, dessen Füge sich noch reicher und mannigfaltiger hätten gestalten lassen, wenn ich nicht befürchtet hätte, das Entgegenkommen des Lesers zu ermüden. So klein und unscheinbar die Bakterien sein mögen, ihre Bedeutung für die Fortschritte unserer Kultur sind nicht zu verkennen. Keine Gottheit aus himmlischen Höhen hat der Menschheit das Samenorn der Kultur geschenkt, aber auch kein Prometheus hätte den göttlichen Feuerfunken aus dem Himmel geholt, wenn nicht die Arbeit der Kleinsten unbeachtet und ungeschätzt die Grundlagen für die Entwicklung geschaffen hätte und ihres Rades Lauf nicht noch heute unterhielte. Was wäre aus dem Ackerbau und der aus ihm entsprossenen Landwirtschaft geworden, wenn die Bakterien nicht mitgearbeitet hätten an ihrem Gedeihen? Man braucht nur zu überlegen an der Hand eines Beispiels: „Ach was!“, wird der landwirtschaftliche Chemiker sagen: „Sicht her auf unsere Mutterzuchtungen von Nupflanzungen, deren Bedarf an Nährstoffen wir im Laboratorium errechnen haben. Hier habt ihr Kalk, hier Phosphor, hier Stickstoff, hier ihre verschiedensten Mischungen im Boden; hier habt ihr Ueberfluß, hier Mangel an Licht, hier Trockenheit, hier Nässe; seht, wie die Pflanze auf jede Bedingung anders antwortet.“ Jawohl, die Kunstdüngung ist mit emporentwickelt. Aber fragt einmal den Viehhalter nach seinen Erfolgen bei der Emmentaler Käsebereitung zum Beispiel. Kunstdüngung seiner Weiden kann er nicht gebrauchen. Er muß den Stallbäuer seines Viehs auf die Weiden bringen, sonst mißrat sein Käse. Vom Dünger zum Gras, zur freilebenden Kuh, zum Dünger im Stall wandern die Bakterien ihren Kreislauf und nehmen von dort den Kleinsten Abnehmer in die Milch und ihre Erzeugnisse. Sie sind es, die den Emmentaler Käse werden lassen, wie er sein soll. Und so spielt sich in vielen, vielen ähnlichen Fällen das gleiche Spiel ab. Es wächst und gedeiht das Pflanzenleben und abhängig von ihm das Tier- und Menschenleben auf dem Grundein, den die ungezählten Milliarden von Bakterien legen.

Das Leben ist ja geknüpft an eine der Masse nach beschränkte Zahl von Urstoffen, die das lebende Eiweiß aufbauen und zusammenfassen. Gar unerforschlich mögen die Zusammenfügungen des Duhendes Elemente sein, die wie in einem Saft geschüttelte Erbsen stets neue Verbindungen und Lagerungen zueinander finden können, und doch erschöpft sich die Möglichkeit der Veränderungen, wenn anders jede Gruppierung eine gewisse Dauer haben soll, an der Grenze des vorhandenen Stoffes. Wir wissen, daß auch die Dauer der Einzelgruppe der Elemente, der Eiweißbausteine des Lebens,

nicht unbegrenzt ist. Alles, was besteht, ist wert, daß es zugrunde geht. Aber dabei zerfällt es noch bei weitem nicht in seine elementaren Bestandteile. Dazu fehlt der zwingende Anstoß. Und es könnte aus ihm nicht ohne weiteres eine neue Lebenseinheit entstehen, wenigstens anscheinend heute nicht. Und doch muß der Lebensstoff aufs neue hergestellt werden, wenn nicht die ganze millionenfältig verchiedene Lebenswelt erlöschen soll. Die raffose machtvolle Arbeit der Bakterien schafft es. Sie sind nicht nur Zersetzer des lebenden Stoffes, sie bauen ihn ebenso eifrig auf und gestalten ihn ebenso millionenfältig um, daß er die Grundlage sein kann für alles Leben. Das ist keine leichte Arbeit. Sie fordert Energieaufwand, denn jede Vereinigung von Elementen wie jede Trennung verschluckt Energie. Zusammengehoßen müssen die getrennten, auseinandergerissenen müssen die verbundenen Teilchen werden. Das geht nicht ohne Arbeit. Die liegt als Fähigkeit in dem Körperchen des Bakteriums, dessen Massen den sichtbaren Erfolg hervorbringen. Immer aber ist auch so die Arbeitsleistung des einzelnen Bakters eine beträchtliche. Wenn man die Leistung an der Wärmebildung im Nährboden mißt, die doch nur einen Teil der Arbeit, eigentlich den Verlustteil darstellt, so ergibt sich eine Temperaturerhöhung um 0,2 bis 0,3 Grad über die Temperatur der Umgebung, die während des regen Wachstums anhält. Oder noch anders betrachtet: In einer Bakterienmasse von 1,2 Gramm siedet nach der Mischung 5 Wärmeeinheiten Brennwert, d. h. man konnte sie verbrennen und damit 5 Gramm Wasser um 1 Grad wärmer machen, aber aus dem Nährboden waren noch 17 Wärmeeinheiten von den Bakterien für ihren Kraftwechsel verbraucht worden. Mit diesen Energiemengen werden die Wirkungen erreicht, die über die Leistungsfähigkeit unserer besten Maschinen weit hinaus gehen.

Unbewußt in früheren Zeiten, mit volstem Bewußtsein heute und zweckgerichtet bediente und bedient sich der Mensch der Hilfe der Kleinsten Lebewesen. Er hat sie heute unter seine Herrschaft genommen wie die Nupflanzungen oder die Haustiere. Das Laboratorium des Bakteriologen liefert die Bakterien für die Impfung des Ackerbodens, es liefert auch die Bakterien zur Bekämpfung der Ratten- und Mäuseplage. Es würde ebenso gut imlande sein, den Gedanken in die Tat umzusetzen, mit dem frischen Kriegsheer spielen, Bakterien zur Verheerung eines Landes, zur Vernichtung seiner Kulturmittel, und rechnet sich sogar noch zu der Gattung Mensch.

Doch wenden wir uns ab von diesen Verwendungswesen und treten noch einmal an eine andere würdigere Frage heran. Wenn denn die Bakterien im Lebenskreislauf die grundlegende Arbeit leisten, sind sie dann nicht vielleicht gar die allerersten Formen, die das lebende Eiweiß überhaupt annahm? Sind sie nicht etwa gar die Ureltern jedweden Lebens auf Erden? Oder gibt es hinter ihnen noch Lebendiges?

Was wir von Lebenserscheinungen und Vorgängen beobachten können, ist zu einem Teile an Lebewesen geknüpft, aber es gibt auch noch Vorgänge, die unter der Wirkung chemischer Stoffe, offenbar von molekularer Größe, also viele tausendmal kleiner als die Bakterienleiber sind, sich abspielen. Allem Anschein nach sind das rein chemische Vorgänge, wie etwa die Wirkungen der Verdauungssäfte. Aber im allgemeinen sind diese Stoffe, die Ergane, doch erst wieder Erzeugnisse von Lebewesen, deren Vorhandensein uns nicht entgeht. Und doch kennt die Wissenschaft auch hier wieder Verhältnisse, die ihre Herkunft zweifelhaft machen. Hier hören unsere vervollkommensten Hilfsmittel auf uns zu helfen, hier entschließt der Beobachtung, und damit der Möglichkeit der Beherrschung das Lebewesen in der kleinsten Gestalt. Tuberkuloseähnliche Erscheinungen hat man kennengelernt, für die man lediglich allerfeinste „Spittrierchen“ des Tuberkelbazillus verantwortlich machte, die genau die Wirkungen ausübten, wie der Tuberkelbazillus selbst. Ob es unfaßbar kleine Eigenwesen, ob es Spitterchen von größerer Lebewesen sind, man weiß es nicht. Aber ein anderer Schluß ist berechtigt: Wenn es so liegt, daß auch Spitterchen schon die Arbeit des Ganzen verrichten können, dann ist zweifellos der Bazillus nicht die Urform, dann hätte die Eigenheit der Lebensäußerung an Vorläufer dieser Lebensform, die wir nicht kennen. Abgesehen davon, daß auch der ganze Stamm der Spaltpilze schon viel zu weit entwidelt ist, als daß er, wenigstens so wie wir ihn jetzt kennen, das Urelben aufwies.

Wenn zwei Leben auf der Erde erschien als eingeborenes Gebilde — denn die Einwanderung aus fernem Weltreimeum verschäbe ja nur die Frage —, so mag wohl, chemisch gelangt, die Gier nach Austausch mit anderen chemischen Stoffen die Ureigenheit gehaftet sein, wie sie heute noch an jedem lebenden Bildungselement haftet, aber eben so ursprünglich wird auch, physisch gedacht, die Formgestaltung nach den Naturgesetzen der Oberflächenspannung gewesen sein. Beide Eigenschaften Hand in Hand miteinander wirkten und förderten die Erscheinungen des Stoffwechsels und damit des Kraftumlaufes, der Grunderscheinungen der Lebensvorgänge.

So hätte uns das Kleinsten doch noch zu dem Größten geführt, zu der Arbeit des denkenden Gehirns, die ja zuletzt auch nur aus der geistlich-organisierten Arbeit kleinster Teilchen sich aufbaut, Teilchen, die ihre Verwandtschaft mit unseren Kleinsten Lebewesen nicht verleugnen können. Was bei den Bakterien zu einer Massenwirkung wurde, das hat hier seine Verfeinerung durch Arbeitsteilung und Anpassung, durch Organisation gefunden.

Die Arbeit des höheren Stockwerkes der Entwicklung, die Arbeit des organisierten Zusammenwirkens wird aber auch unauflöslich die Herrschaft gewinnen über die niedrigeren Formen der Lebewesen, d. h. sie werden zu Diensten des Menschen sein, oder sie werden nicht sein. An den Bakterien wird der fürchtbete Mensch nicht scheitern.

Rußland und Hollywood

Im Weltkino wird man für eine Stunde erlöst von all dem seltsamen Filmleben ringsum. „Das Dorf der Sünde“, ein Rußlandfilm, dessen Regie Olga Prokofjewna führte. Ein Bauer nimmt gewaltsam die Frau seines Sohnes. Als der Verurteilte aus dem Kriege heimkehrt, geht das Mädchen ins Wasser. Um diese Haupthandlung Landhaft, Freuden und Leiden, bei der Arbeit und beim stillen und lauten Feil. Noch hundert Filmen mit Schemenfiguren, nach der ewigen Scheinwelt der Fiktion und Verleumdung und eleganten Verbrecher ein Abbild des wirklichen Lebens und des wahrhaft menschlichen Schuldigwerdens. Schöne Menschen mit natürlichen Bewegungen, häßliche Menschen in ihrer Gebundenheit. Der Zeit Hintergrund, Krieg und Revolution, nicht dekorativ, sondern innerlich, mit kleinen und feinen Einzelheiten, ganz dicht vermittelt. Wohlgefährte Gegenstimmen zum klar und energiegelad gepackten Hauptthema. Ein Kunstwerk, an dem nur eines schlecht ist: der unpassende deutsche Titel.

Mit zwispaltigen Gefühlen sieht man vor dem neuesten amerikanischen Spielfilm im Königspavillon. „Sein letzter Befehl“ hat auch Krieg und Revolution in Rußland zum Thema, aber gesehen durch die Brillen Hollywoods, gemacht für billigen amerikanischen Geschmack. Der Regisseur Joseph von Sternberg hat in dem Verbrecherrfilm „Unterwelt“ konzentrierter und reiner gearbeitet. Der Beginn ist glänzend und ebenso der Schluß: Leben und Berreden in Hollywood, die „Extras“, die Kompartier im Kampf um die Beschäftigung, ihre Behandlung durch die Filmunternehmer, die bescheidenen Unamerikanität der Lebensgenossen. Ein russischer Großfürst ist als Statist in Hollywood gelandet, er muß in einem Kriegsfilm als General den Sturmanariff befehligen. Als er im Filmgraben steht, spielt er seine Rolle nicht, Wirklichkeit und Schein vermischen sich dem neuenschwachen Akt,

er lebt seine Ansprache, das Niederstiegen des Neuterriden, dem Sturmbegehr, er sinkt vom Herzschlag getroffen zusammen. Das war ein gutes Motiv, das wäre genug gewesen für einen Film, der vor Ehrtheit hätte plagen können — ein Riesenspiegel jener amerikanischen Filmwelt, die in den illustrierten Zeitungen fröhlich als Filmparadies bezeichnet wird. Aber das durfte der Regisseur wohl nicht wagen, kurz: die Hollywooder Szenen sind nur knapper Rahmen und in der umfangreichen Mitte gibt es wieder jenes revolutionäre Rußland zu sehen, von dem man in amerikanischen Filmtiteln keine Ahnung hat. Courts-Mahler-Töne: Revolutionärinnen, die Großfürsten lieben, Revolutionäre, die Nebenbuhler abschließen. Unter Revolution versteht der amerikanische Film: die unteren Klassen bekommen Gelegenheit, sich zu bejagen und Weiber zu zerquetschen. Am Ende sagt der Regisseur zum Großfürsten, der ihn ehemals mit der Reitpeitsche geschlagen hat: „Auf diesen Moment habe ich zehn Jahre lang gewartet, Kaiserliche Hoheit!“. „Welch reizendes Zusammenreffen. Krieg und Revolution sind mit äußerlichen verbrauchten Mitteln gemacht. Ein paar Granateneinschläge, ein Zug mit Revolutionären, der so verunglückt, daß alle erlaufen müssen und der Speicher lagern kann.“ „Das war das Weltgericht.“ Schade um die große Kraft von Jannings, der hier oftmals veräußert ist, aber machtlos in der Erscheinung, überlegen in der Haltung, virtuoso in der Bewegung, an vielen Stellen einen erlesenen mimischen und filmischen Genuß bietet.

So ist das Leben

Man ist im modernen Bürgertheater wirklich schon während anspruchlos. Wenn einer am Anfang, hinten und in der Mitte manchmal von Einfuhrzöllen redet, oder gar von Arbeitslosigkeit heimischer Industriezweige, dann wird gleich in alle Welt berichtet, er hätte ein ökonomisch-jatrisches Lustspiel geschrieben. Wenn die Leute in dem Stück viel davon plappern, daß einer Charakter hat, lediglich weil die andern um ihn herum ausgemachte Richtschnur sind, dann hält man es für ein moralisches Lustspiel. Wenn aber der angepriesenen Charaktergröße auch noch ein Mädel nachläuft, das ebenfalls in Charakter poliert, dann gilt die Sache sogar für romantisch. In Wirklichkeit garantiert das Fertigprodukt des Herrn Stefan Kamare aus Wien nur einen durchschnittlichen Unterhaltungssabend und hat keine ernstlich diskutablen Inhalte. Ob die österreichische Ministerialbureautratie der letzten Kaiserzeit ein bißchen mehr oder weniger verrottelt und verulder war, interessiert uns sehr wenig. Mit welchem mehr oder weniger glaubhaften Schwindel die Herren Kapitalisten sich zollfreie Einfuhr für „Leine aus Irland“ zusichern lassen, um ein Bombengeschäft in Südamerika damit zu starten, ist auch einerlei, da sich der Autor keine geschäftlichen Transaktionen nur so nebenbei aus den Aermeln geschüttelt hat. Es war ein Unfuss, wenn diesem belanglosen Stück der Ruf voranging, seine ökonomisch-jatrische Spitze wurde durch eine aufgelistete Liebesgeschichte abgeklumpt. Die Fiktion vielmehr sind die Hauptstücke. Und die Satire beschränkt sich darauf, daß ein Minister Aktien hat, und daß seine Entschuldigungen sowie sein ganzes Weh und Ach aus diesem Punkte zu kurieren sind. Ein mitwirkender Herr Schleißer Offend ist keine ökonomische Satire, sondern nur, wie sich der kleine Morik den erfolgreichen Handelsjuden vorstellt. Die Moral ist mindestens so altbuden, als ob sie aus Freytags „Journaltisten“ entlehnt wäre. Mit ihrer Ehrtheit aber verhält es sich so, daß der moralische Effekt des Lustspiels gerade das Gegenteil von seinem moralischen Phrasen ist.

Vielleicht kann man die ganze, wohlgefällige und wohlgefällende Bürgerdramatik unserer Tage in dieser Grunddenkz kennenzeichnen: Was mir den Pelz, aber mach mich nicht nach. Rämlich der Ministerialsekretär Goll beweist seine Charakterstärke, indem er gegen die Interessen seines erwählten Schwiegeraters antilich handelt, wie er es im Interesse des heimischen Arbeitsmarktes für notwendig hält. Normalerweise wird er dadurch erlitten den Schwiegeraters sich die Sache natürlich auch ohne ihn zu richten versteht. Da aber erlitten die Geliebte ihm solches Ansehen nur übermitteln hat, um seine bewußte Charakterstärke zu erproben, da zweitens der Schwiegerpapa eigentlich auch ein goldenes Herz in der Weste hat, so sichert der edle Ministerialsekretär sich Mitgilt und Liebesglück genau auf die Weise, auf die er beides zu verlieren müßte. „So ist das Leben“, denken alle Fetherhergen und schlagen höher. Genau so viel Charakter muß man haben, um sich ein Requemes Neiz zu bauen, aber um Gottes Willen nicht mehr. Wenn der Schluß ein stellenloser Ministerialsekretär gewesen wäre, ein arrogante Bürgerzige, die einen Schwaweren freit, und ein Millionärpapa, der einen Dreck nach dem Seelenlud seiner Tochter fragt, dann wäre das Lustspiel eine ebenso ungemüßliche ökonomische Satire, wie es jetzt eine gemüßliche Eierkuchenfüllung ist.

Als Spielwart war Herr Balak, der ganz weit einen rabiaten Nationalisten mimte, nicht allzu erfolgreich gewesen. Unter den zahlreichsten Typen waren viele recht dünn gezeichnet. Die Herren Straube, Böhm, Braunstein, ja auch Stoedel und Koch machten allzusehr wieder, was sie schon manches Mal gemacht haben, man hörte die geläufigsten Wäsen ohne besondere Zutaten. Solche Komödien zünden nicht, wenn man leben Schauspielers, der ungelähr die passende Wäse hat, die seine drehen läßt, und es auch nicht anders macht. Wildenhain überdreht dann immer gleich ein bißchen und macht aus einem neudösen Minister einen schwachfüßigen Gymnasialprofessor, den er auch noch überdreht. Des Herren Schaffang jüdische Schwankwäse hatte die Lacher für sich, obwohl sie ebenso bekannt war wie unindifferenziert. Die Frauentolle der Langfelder lohnte sich nicht, während Annemarie Kachhausen eine zweite, günstige Talentprobe zeigen konnte. Nicht nur war ihr flachsblondes Haar mindestens so schön wie ihr braudrotes, sondern sie war auch in den erforderlichen Gemütsstößen recht nett und locker, während sie bei Geschraubtheiten und Polen allerwärts noch ein bißchen überpöterte.

Im Operettentheater hat man sich des „Schwarzwaldbunde lers“ erinnert, das vor mehr als zehn Jahren bekannt wurde und seiner geistigen und musikalischen Haltung nach mindestens sechsmal älter ist. Der Text ist in heftiger Anlehnung an die „Meisterfänger“ entstanden; es gibt darin nicht nur einen verlässlichen Hans Sachs, sondern auch am Schluß des zweiten Aktes die Prügelfene. Die sehr harmlose, glatte Musik, von der ein paar eingängliche Schläger bekannt wurden, betont das durch eine Wagner-Reminiszenz. Mehr ist über die melodramatischen Szenelchen nicht zu sagen. Der Komponist Leo Jessel dirigierte selber, und zwar so, wie keine Musik ist: ohne Erregung, blaß und matt. Die Sache, die dem Publikum natürlich viel Spaß machte, wurde bescheiden dargeboten. Geschmackvoll und zurückhaltend Kaproth als Domkapellmeister, munter und geschickt Charlotte Schaedrich. Die Sängerin Klodilde Bauer läßt beim Sprechen die zweite Hälfte der Sätze im Wurmeln untergehen. Eugen Fietel tat nichts Erwähnenswertes, der Tenor Falken brühte bemerkenswert auf den Ton, einfaßlos lief der Wert über die Szene. Die übrigen Mädchen sind noch samt und sonders reichlich mit den Anfängen der Bühnenkunst beschäftigt. Der auf eine Person einbringende Chor hatte den Kopf im Nacken, um bei einem kimplen Chor den Kapellmeister nicht aus den Augen zu verlieren. An die Aufführung der „Goldnen Meisterin“ lehtin hatte man entschieden mehr Mühe gewendet.





## Milch und Radio

Die Versorgung der Bevölkerung mit guter Milch ist eine wichtige kommunale Aufgabe. Diese Aufgabe ist von solcher Bedeutung für die Gesundheit der Menschen, daß dieses Problem sogar zu einer der vollaufgeklärtesten Arbeiten des Völkerverbundes geworden ist. Deshalb ist jeder neue Gedanke auf diesem Gebiete beachtenswert. Denn so gut die alten, bisherigen Methoden der Milchbehandlung auch sind, sie haben dennoch ihre Mängel. Eine vollkommene Milchbehandlung und Milchversorgung kennen wir in der Praxis noch nicht.

Durch das Abkochen der Milch werden bekanntlich die Vitamine vernichtet, die für die Lebensentwicklung von solch wesentlicher Bedeutung sind. Darum wird die Milch in den Kaskereien ja nur auf 60 Grad erhitzt, pasteurisiert, aber dann hält sie sich auch nur einige Stunden frisch.

Deshalb verdienen die Versuche Beachtung, die Dr. Seidel neuerdings an der Universität Wien mit Erfolg durchgeführt hat. Er hat nämlich die elektrischen Wellen benutzt, um ein Sauerwerden der Milch zu verhindern und sie damit frisch zu erhalten, ohne ihren Nährwert nachteilig zu beeinflussen. In 99 Prozent der Versuche zur Frischerhaltung der Milch ist der Versuch gelungen. Ja, an lässlichen Orten ließ sich die Milch mit Hilfe dieser elektrischen Wellen sogar zwei bis drei Wochen frisch erhalten.

Das österreichische Gesundheits- und Landwirtschaftsministerium hat sich der Sache bereits angenommen, und auch in Preußen hat man sich neuerdings amtlich mit diesem neuen Versuch, die Radiowellen zur Frischerhaltung der Milch zu benutzen, beschäftigt. Es ist noch nicht abzusehen, von welcher Bedeutung dieser einfache Gedanke für die Ernährung unserer Bevölkerung sein wird.

## Die Häufigkeit der Kraftfahrzeuge in Leipzig

Im Vergleich mit den anderen deutschen Großstädten.

Nach der diesjährigen Zählung der im Verkehr befindlichen Kraftfahrzeuge im Deutschen Reich vom 1. Juli 1928 entfällt von allen verschiedenen Gattungen der Kraftfahrzeuge, also Personenkraftwagen, Krafttrader, Lastkraftwagen, Zugmaschinen ohne Güterladenraum, Feuerlöschwagen und Straßenreinigungsmaschinen zusammengekommen, ein Kraftfahrzeug auf je 51 Einwohner von Leipzig.

Im Durchschnitt sämtlicher in Betracht kommenden neunundvierzig deutschen Großstädte entfällt ein Kraftfahrzeug aller Art auf je 54 Einwohner, im Durchschnitt des ganzen Deutschen Reiches überhaupt kommt ein Kraftfahrzeug auf 68 Einwohner.

Leipzig liegt, was die Häufigkeit der Kraftfahrzeuge im Verhältnis zur Bevölkerungszahl angeht, über dem Durchschnitt sämtlicher deutschen Großstädte, es weist also diesen gegenüber eine größere Häufigkeit der Kraftfahrzeuge auf. Leipzig steht nach dem Verhältnis der Kraftfahrzeuge-Anzahl zur Bevölkerungszahl an dreizehnter Stelle der deutschen Großstädte und teilt diesen Platz mit Erfurt sowie Mainz, in denen ebenfalls ein Kraftfahrzeug auf je 51 Einwohner entfällt.

Die stärkste Häufigkeit der Kraftfahrzeuge unter den deutschen Großstädten treffen wir in Stuttgart mit einem Kraftfahrzeug auf 34 Einwohner, dann in München mit 35, Chemnitz mit 38, Dresden mit 40, Nürnberg mit 42 Einwohnern auf ein Kraftfahrzeug. Andersseits die geringste Häufigkeit der Kraftfahrzeuge bieten von den deutschen Großstädten Hildesheim (Oberschlesien) mit 207, Sellenkirchen-Buer mit 153, Oberhausen mit 126, Hamburg mit 121, Essen mit 105, Dortmund mit 103 Einwohnern auf ein Kraftfahrzeug, alles Städte mit einer besonders starken Arbeiterbevölkerung.

Ähnliche Verhältnisse zeigen sich für die Häufigkeit der Kraftfahrzeuge wie in Leipzig finden wir vor in Bremen sowie Krefeld mit einem Kraftfahrzeug auf je 50 Einwohner, in Düsseldorf, Hannover, Münster i. W. auf je 49 Einwohner, Breslau, Halle, Wiesbaden auf je 52 Einwohner, Berlin, Hamburg auf je 54 Einwohner.

Nach den einzelnen Arten der Kraftfahrzeuge erhalten wir aus dem ausführlichen Material des Statistischen Reichsamtes über diese neueste Zählung der Kraftfahrzeuge für Leipzig folgende Bilder, wobei ständig zu beachten ist, daß Leipzig die fünfgrößte deutsche Großstadt ist. Mit 6841 Personenkraftwagen (ohne Kraftomnibusse) steht Leipzig am siebenten Platz der deutschen Großstädte unter den ihm gegenüber kleineren Städten Dresden mit 6398 und Frankfurt a. M. mit 5868 Personenkraftwagen. Nach Anzahl seiner 66 Kraftomnibusse hat Leipzig die nemte Stelle der deutschen Großstädte inne. Es wird übertrieben von den ihm gegenüber bevölkerungsschwächeren Städten Dresden mit 588 Kraftomnibussen, Frankfurt a. M. mit 89, Hannover mit 89, Nürnberg mit 72 Kraftomnibussen. An Lastkraftwagen wurden in Leipzig 2929 gezählt, das ist die siebentgrößte Anzahl unter den deutschen Großstädten. Hier steht Leipzig unter den ihm gegenüber bevölkerungsärmeren Städten Dresden mit 3114 Lastkraftwagen und Düsseldorf mit 2777 Lastkraftwagen.

Am fünften Platz der deutschen Großstädte treffen wir Leipzig nach der Anzahl seiner 4954 Krafttrader. Leipzig befindet sich dabei über dem bevölkerungsärmeren Köln mit 4134 Krafttradern, aber es kommt erst nach dem gegenüber Leipzig bevölkerungsärmeren Dresden mit 5166 Krafttradern.

Alle diese Arten von Kraftfahrzeugen zusammen genommen besitzt Leipzig nach der diesjährigen Zählung 13 408 Kraftfahrzeuge gegenüber 10 508 nach der vorletzten Zählung vom 1. Juli 1928. Auf Grund dieser diesjährigen Gesamtzahl befindet sich Leipzig an sechster Stelle der deutschen Großstädte, nach Dresden, das 1532 Kraftfahrzeuge aufweist.

## Musikpädagogische Tagung

Man schreibt uns: Die Ortsgruppe Leipzig des Reichsverbandes Deutscher Tonkünstler und Musiklehrer veranstaltet am 3. und 4. November 1928 im Städtischen Kaufhaus zu Leipzig eine musikpädagogische Tagung mit dem Thema: Mittel, Wege und Ziel der Musikerverziehung in der Gegenwart. Als Redner wurden gewonnen: Dr. Adolf Aber, Frau Rose Arnold, Professor Dr. Hans Driesch, Professor Dr. Theodor Kröner, Dozent Paul Löffler, Professor Max Bauer, Direktor Alfred Szendrei. Mit der Tagung ist eine Ausstellung neuester Musikunterrichtsliteratur (1924-28) verbunden. Sämtliche Veranstaltungen sind öffentlich bei freiem Eintritt. Die Gesamtleitung liegt in den Händen des Obmannes der Pädagogischen Gruppe, Herrn Erich Liebermann-Koschewitz, der evtl. Auskünfte erteilt.

# Abtreibung oder Geburtenregelung?

Der große Saal des Volkshauses war am Freitagabend bis zum Brechen überfüllt, so daß die Polizei sperren mußte. Der Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung hatte den Berliner Stadtarzt Genossen Dr. Max Hodann, sicher den bekanntesten aller modernen Sexualwissenschaftler, zu einem Vortrag verpflichtet. Es ist an dieser Stelle eine ausführliche Wiedergabe des Referats und der sich bis gegen 24 Uhr hinziehenden Fragenbeantwortung unmöglich; nur andeutungsweise können einige der Grundgedanken hier wiedergegeben und im übrigen muß auf die Vorträge der Hebamme, „Geschlecht und Liebe“ und „Sexualethik und Sexualberatung“ (Greifenverlag, Rudolstadt in Thüringen) verwiesen werden. Den vielen, die vor den Türen umflehren mußten, sei mitgeteilt, daß zwei Wiederholungen des Vortrags am 29. Oktober im Hofenstraße 10, Eutritsch, und am 6. November im Volkshaus stattfinden wird.

Hodann knüpfte an den vorgeführten Film „Der Kreuzweg des Weibes“, der, wie wir wissen, ein typischer kapitalistischer Romantikfilm ist, und meinte einleitend: „Es wird hoffentlich niemand der Meinung sein, daß in Deutschland ein Ueberfluß an Staatsanwälten existiert, die geneigt sind, wegen Schwangerschaft der Braut ihr Amt niederzulegen. Außerdem kommt sowas in Staatsanwaltschaftskreisen gar nicht vor!“ (Gelächter auf der ganzen Linie.) Hodann gab sodann

### Zahlen über die Abtreibung:

Etwa eine Million Fälle pro Jahr in Deutschland, 50 000 Todesopfer, 3000 Fälle kommen vor den Richtern, von diesen betreffen 88,5 Prozent Frauen und Mädchen aus minderbemittelten Kreisen. „Wenn angelehnt dieser Zahlen noch jemand behauptet, daß hier eine Angelegenheit des Rechtes verhandelt wird, dann ist er entweder ein Heuchler oder man muß ihm den Schutz des § 51 zubilligen!“ Der einzige Unterschied zwischen dem jetzt im Rechtsausschuß des Reichstags verhandelten neuen Strafgesetz und dem bisherigen ist der, daß der jetzige § 218 in Zukunft die Nummer 253 führen wird.

Hodann ging dann auf die Widerlegung der einzelnen Argumente für die Beibehaltung des § 218 ein. Eine ärztliche „Autorität“, Sanitätsrat Bollmann, hat erklärt: „Wenn der § 218 fällt, dann bricht der letzte Schutzwall zusammen, der unsere Frauen und Mädchen vor der Unzucht schützt.“ Wenn dem wirklich so wäre, so möchte man nur wünschen, daß der Wall bald fällt, damit man sieht, was die Moral dieser Herren wirklich wert ist. — Der sachmännlich ausgeführte Eingriff ist ungefährlich. Beweis: Die Praxis derjenigen deutschen Ärzte, die sich auf die Operation verstehen und diese nach ortsüblichen Sätzen unter Einwirkung einer Narkose (in Grobstädten von etwa 200 Mark, in Lindenu wird es etwas billiger sein) vornehmen. (Lachen.) Man könnte über diesen Punkt Wände publizieren, wenn man nicht Rücksicht nehmen möchte auf die wenigen menschlich fühlenden Ärzte, die Frauen helfen, ohne sie auszubeten. Hinter denen langert dauernd die Kriminalpolizei herum, hinter den andern nicht!

Der Vortragende ging dann ausführlich auf die russischen Erfahrungen und die russische Regelung ein, wo unter Einhaltung gewisser Bedingungen die Abtreibung freigegeben ist. Es handelt sich beim Streit um die Freigabe überhaupt nicht um eine medizinische, sondern um eine politische Frage. Der Leiter der Leipziger Frauenklinik, Professor Sellheim hat erklärt:

„Wenn man die Abtreibung freigegeben würde, dann würden unsere Kliniken gestürmt.“ Wenn er die Dinge so richtig sieht, weshalb zieht er keine Konsequenz? Er meint, man solle höhere Wohnzählungen und mehr Wohnungen bauen. Aber wo sind diese Wohnungen, wo bleiben die höheren Löhne?

Sellheim macht allerdings insofern gegenüber seinen Kollegen an den Universitäten eine rühmliche Ausnahme, daß er die Freigabe der Schwammittel propagiert. Auch wir wollen keineswegs die Abtreibung propagieren, sondern wir fordern Aufklärung über empfangnisverhütende Mittel, um den Schaden von vornherein abzuwenden. Nach dem neuen Strafgesetz soll die Verbreitung empfangnisverhütender Mittel bestraft werden. Nach einer Definition des Reichsgerichts ist Unzucht alles, was nicht ehelich abgeimpelter Geschlechtsverkehr oder Onanie ist. In Frankreich wird sogar die Anwendung von Präventivmitteln unter Strafe gestellt; wo bleibt der Schwamm, der das kontrolliert? Gleichwohl hat Frankreich eine blühende Industrie für diese Artikel.

In Leipzig soll demnächst eine Eheberatungsstelle eingerichtet werden. Wir haben dafür zu sorgen, daß es eine Eheberatungsstelle mit dem richtigen Mann mit psychologischem Einfühlungsvermögen und Erfahrung über die proletarische Lebenslage wird. Denn Ehe hat zwar was mit Sexualität zu tun, aber Sexualität durchaus nicht immer mit Ehe.

Zum Schluß seines langen Vortrags ging Hodann noch auf die bürgerlich-christliche Moral ein und zeigte, wie die Mehrzahl aller Deutschen, auch manche Freidenker, Sozialisten und Kommunisten, in Fragen der Moral katholisch sind und im Banne des „Heiligen Waters“ stehen. „Der Marienkult ist Schmäherung der Muttergottes; denn die Madonna ist „unbefleckt“, während alle andern Mütter also befleckt sind. Religion ist nicht Privatsache und Kirchentum schon gar nicht; das ist Streikbruch für einen Sozialisten, Angehörigkeit zu einer feindlichen Organisation! Genossen, kümmert euch darum!“ (Lebhafte Bravorufe, Beifallsstöße.)

Nach einer kurzen Pause wurden eingegangene Fragezettel beantwortet. Interessant war zu beobachten, wie aus manchen Fragen der Herdenfurch bürgerlich-christlicher Moral, dem Fragesteller unbewußt, durchblitzte. Einstimmig wurden folgende zwei Resolutionen angenommen:

### An den Rechtsausschuß des Reichstags!

„Die am 19. Oktober 1928 im Volkshaus zu Leipzig von über 1500 Personen beschlossene, vom Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung einberufene öffentliche Versammlung protestiert gegen die Aufrechterhaltung der Bestrafung der Schwangerschaftsunterbrechung im neuen Strafgesetz, sowie gegen den Versuch, den Verkehr mit Schwangerschaftsverhütenden Mitteln im gleichen Gesetzentwurf zu erschweren oder gar zu verhindern.“

### An den Rat der Stadt Leipzig!

„Die am 19. 10. 1928 im Volkshaus zu Leipzig von über 1500 Personen beschlossene, vom Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung einberufene öffentliche Versammlung fordert vom Rat der Stadt Leipzig rascheste Einrichtung einer Sexualberatungsstelle mit der Sicherung, daß neben den andern Sexualberatungsaufgaben Beratung über Schwangerschaftsverhütung in jedem Falle erteilt wird, in dem Frauen es wünschen, und entsprechende Mittel nach dem Vorbild der Berliner Ortskrankenkasse abgegeben werden.“ R. L-n.

## Eineinviertel Millionen Mark pro Tag

Die Umsätze der Großkaufmannschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, in den ersten drei Vierteljahren 1928. Die Gesamtumsätze beliefen sich:

Januar bis September 1928 auf 313 272 879,60 M.  
Januar bis September 1927 auf 250 509 271,82 M.  
Mehrumsatz 1928 53 763 607,78 M. = 20,72 Prozent.

Die Umsätze an Erzeugnissen aus den eigenen Betrieben beliefen sich:

Januar bis September 1928 auf 75 833 325,16 M.  
Januar bis September 1927 auf 42 064 458,53 M.  
Mehrumsatz 1928 33 768 866,63 M. = 80,28 Prozent.

Mit dem in der Berichtszeit erzielten Gesamtumsatz hat die Großkaufmannschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. einen Tagesumsatz von rund 1¼ Millionen Mark erreicht. Ganz besonders erfreulich ist die gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres nahezu erreichte Verdopplung des Wertes der umgesetzten Eigenfabrikate. Vorwärts, weiter auf der Bahn konsumgenossenschaftlicher Bedarfsversorgung!

## Eisenbahnen

Zur zweckentsprechenden Behandlung der Eisenbahnen durch die Post soll der Abender die durch Eisenbahnen zustellenden Sendungen einschließlich der Pakete und der zugehörigen Paketerien sowie der Postkassen über die ganze Ausschritt hinweg mit einem liegenden roten Kreuz versehen. Der Vermerk „Durch Eisenbahnen“ ist möglichst links neben der Angabe des Bestimmungsortes, bei Postkassen wie bisher am oberen Rande der Ausschrittseite, deutlich niederzuschreiben und farbig zu unterstreichen oder zu umranden. Außerdem werden die Eisenbahnen postseitig wie bisher durch Klebezettel aus helldunkeltem Papier mit der Ausschritt „Durch Eisenbahnen“ — im Auslandsvorkehr „Eilbote. Express“ — beklebt. Abender, die Eisenbahnen häufiger ausliefern, tun gut, sich solche Klebezettel zur selbständigen Kennzeichnung ihrer Sendungen von Postanstalten kostenlos liefern zu lassen.

Zu beachten ist, daß die Eilbotengebühr nach dem Ausland (ohne Freie Stadt Danzig, Litauen, Memelgebiet, Luxemburg und Desterreich) jetzt 50 Pf. beträgt.

## Luftpostverkehr

Mit der Einführung der Winterflugpläne am 15. Oktober treten im Luftpostverkehr Leipzigs wesentliche Änderungen ein. Künftig bestehen von Leipzig aus folgende Verbindungen: nach Erfurt, Stuttgart, Zürich um 11,35 (10,35), Köln um 11,45 (10,35), Berlin um 13,0 (12,0), Breslau um 13,05 (12,0), Prag um 13,05 (12,0), Jwidau, Bauen i. B. um 12,55 (12,15), Hannover, Bremen um 13,25 (12,25), Kassel, Dortmund, Düsseldorf um 13,30 (12,25), Nürnberg-Fürth, München um 13,30 (12,25), Berlin um 15,15 (14,15). Die Angaben in Klammern geben die Schlupzeit für die Auslieferung von Luftpostsendungen beim Postamt Leipzig C 2 (Brandenburger Straße) an, beim Postamt C 17 (Hauptbahnhof) liegt die Schlupzeit jedesmal ¼ Stunde, beim Postamt Leipzig C 1 (am Augustusplatz) 20 Minuten früher. Der Abflug nach Jwidau erfolgt im übrigen vom Flughafen Halle-Leipzig (Schleier) aus.

Die Verzeichnisse der von Leipzig abgehenden Luftposten sind nach dem Stande vom 15. Oktober neu erschienen. Sie werden auf Wunsch an den Schaltern abgegeben.

## Bevölkerungsvorgänge

Nach dem 41. Wochennachweis des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig fanden in der Woche vom 7. bis 13. Oktober 107 Eheschließungen statt. Die Zahl der Lebendgeborenen betrug in der Woche vom 30. September bis 6. Oktober 187, davon 89 Knaben und 98 Mädchen. 48 Lebendgeborene waren unehelicher Abkunft. Toisgeborene wurden 2 festgestellt. Gestorben sind in der Woche vom 7. bis 13. Oktober 128 Personen, darunter 18 Kinder unter 1 Jahr. Unter den Gestorbenen befanden sich 59 männliche und 69 weibliche Personen. Von den Todesfällen entfielen auf Keuchhusten 1, Grippe 4, Tuberkulose 5, Krebs 19, Gehirnschlag 10, Herzkrankheiten 19, Lungenerkrankung 4, Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall 3, Kindbettfieber 1, Altersschwäche 3, übrige natürliche Todesursachen 45. 11 Personen erlitten tödlichen Unfällen und 3 endeten durch Selbstmord.

## Unfälle in Leipzig

Mit dem Auto gegen ein Baugerüst gefahren. Am Sonnabend gegen 21 Uhr fuhr ein Personenauto in die Hauswand des Grundstücks Kochstraße 38 und hierauf in ein gegenüber aufgestelltes Baugerüst am Grundstück Kochstraße 60. Dabei wurde eine Hausmauer und eine Gerüstleiter stark beschädigt. Der hierdurch entstandene Einsturzgefahr wurde von der Feuerwehr beseitigt. Eine Insassin des Autos ist bei dem Unfall verletzt worden. Sie zog sich Hautabwühlungen und einen Bluterguß am rechten Oberschenkel zu.

Ein Dachstuhlbrand brach am Sonnabend gegen 21¼ Uhr am Grundstück Schönauer Weg 27 aus. Das Feuer wurde von der Feuerwehr nach einhalbstündiger Tätigkeit unterdrückt. Die Entstehungsursache konnte nicht geklärt werden.

Zusammenstoß. Am Sonntag in der 20. Stunde stieß an der Ecke Salomon- und Inselstraße ein Privatauto mit einem Motorradfahrer zusammen. Dabei wurde die auf dem Sozius sitzende Motorradistin Helene Beder vom Rade geschleudert. Das junge Mädchen zog sich bei dem Sturz einen Rippenbruch und eine Armverletzung zu, so daß sie dem Krankenhaus zugeführt werden mußte.

Autounfall durch Schleudern. Am Sonntag in der 13. Stunde war auf der Chaussee hinter dem Wald-Café das Auto des Ingenieurs Helmut W. infolge der Risse ins Schleudern gekommen, und stieß mit einem von der Stadt kommenden Konditorei-Lieferwagen zusammen. Die Windschuttscheibe des Personenautes wurde zerschmettert und der Ingenieur erheblich im Gesicht und an den Händen verletzt. Beide Wagen wurden beschädigt. Der Führer und Beifahrer des Lieferwagens kamen mit dem Schrecken davon.

Eternabend. 9. Volkshule, Dienstag, den 23. Oktober, ¼20 Uhr, Vortrag des Herrn Lehrer Lefler über „Der Schulgarten im Dienst von Erziehung und Unterricht“. — 21. Volkshule (Schönefeld, Stedestrasse). Mittwoch, den 24. Oktober, ¼20 Uhr, in der Turnhalle. 1. Vortrag „Der moderne Elementarunterricht“ (Herr Lehrer Klöden). 2. Aussprache. 3. Lieber zur Laute. — 35. Volkshule, Dienstag, den 23. Oktober, 20 Uhr, Herr Rabe „Meiner Berufsberatung“ (mit Lichtbildern). — 45. Volkshule, Dienstag, den 23. Oktober, ¼20 Uhr, Lichtbildervortrag des Herrn Lehrer Braune „Aus ältesten Menschheitszeiten“. — 46. Volkshule, Mittwoch, den 24. Oktober, ¼20 Uhr, Wiederholung der musikalischen Aufführung der Instrumentalgruppe der Schule. Leitung Herr Oberlehrer Pfalz, Eintritt 30 Pfennig.





# Wandern und Reisen

## Von Saalfeld in die fränkische Schweiz

Eine Wanderung Leipziger Naturfreunde als Anregung für kommende Frühjahrsfahrten.

Der Himmel zog ein gar griesgrämiges Gesicht, als wir an einem Sonntagmorgen unser Heim verließen, um auf Ferienfahrt zu gehen. Der nach Melkenhof fahrende Sportzug sollte uns nach Schwarzburg bringen. Hinter Marktstädt geht es in Strömen. Je weiter wir aber in das Tal der Saale kamen, um so mehr kühlte es sich auf. Was soll ich erzählen von den Burgen, Klöster und Mühlen. Etwa von Saalfeld, wo sich die Märder Kathenaus verborgen hielten? Oder von der Leuchtenburg, die nur auf Augenblicke in ihrer ganzen Schönheit zu sehen ist?

Wald waren wir am Ziel. An den bewaldeten Höhen entlang wollten wir von Schwarzburg aus nach den Gartenkuppen. Das erste Stündchen Landstraße, das Notgebrungen gewandert werden mußte, kam uns mit seinem Autoverkehr recht sauer an. Dafür entschädigte der regenschwere Wald mit den in der Sonne glühenden Tropfen um so mehr. Am Hange hatten wir darauf einen schönen Blick über Saalfeld mit seinen neuen Siedlungen. Ob die Wohnungen bei der jetzt stark aufkommenden Industrie auch so lange, wie ich stark zu bezweifeln. — Dann durchschritten wir das dem Bad Sommerkeim bei Garsdorf gehörige Gelände. Während noch vor wenigen Jahren hier jeder Weg dem Acker vorbehalten war, ist jetzt ein schmaler Steinpfad freigegeben worden. Der Kapitalist kommt ja heute sowieso nicht mehr hierher, denn seit die Grenzen frei und die Wälder wieder stark, geht er ja ins Ausland. Er könnte ja auch von hier die Halben der Eisenhütten bei Unterwellenborn und die rauschenden Schöte der Stadt Saalfeld sehen.

Sinunter ins Tal und auf einen nur den Gästen vorbehaltenen Wege zu den Freegraben. Ein prächtiges Brunnenhaus hat man dorthergebaut, seit wir das letztemal hier waren. Alles ist auf den modernen Verkehr zugeschnitten, aber auch auf Ansatz und Geldverdien. Wir kannten die Schönheiten der Grotten und Schritten zwischen den wartenden Menschen hindurch zum Steigehaus. Das der Ferienheimgenossen in Jena gehörige Heim kann seiner schönen Lage wegen schon zum Weiben verlocken.

Die Sonne im Rücken zogen wir am anderen Morgen Cyba zu. Die Mühle am Gihra-Bach ist durch Blitzschlag zerstört worden. Hinter den schwarzen Mauern, zwischen denen Handwerker wieder zu arbeiten begannen, ragt eine mächtige Linde empor. Die dem Haus zugekehrte Hälfte ist fast und schwarz, aber die andere Hälfte hat das grüne Kleid behalten. Der Duft der Blüten läßt kaum ahnen, daß sie vor Wochen Zeuge der Vernichtung war.

Ueber Lössig am Gamligbach und der Loquig gehend, erreichten wir die Station Marktstädt, von wo wir die Bahn bis Probstzella benutzten. Schon vom Zuge aus sieht man den stolzen Bau der Arbeiterstadt: „Das Haus des Volkes“. Da alle von Norden kommenden Schnellzüge hier halten müssen, so werden viele Reisende das Haus sehen, denen das Aufstreben der Arbeiterstadt ein Dorn im Auge ist. Geht der Besucher durch das Innere des Hauses, so überrascht ihn die Zweckmäßigkeit, die mit anheimelnder Wohnlichkeit gepaart ist. Ganz dem Gedanken des Bauhauses angepaßt ist die Ausgestaltung des Saales und seiner Bühne. Ueber Küche und sonstige Wirtschaftsräume sowie über die eigene Wäscherei zu sprechen erübrigt sich, denn hier hat das Beste und Praktischste Platz gefunden.

Einen Fußweg wanderten wir später bis zur Gastwirtschaft „Asterlein“, überquerten hier die Bahn und hatten am Berggang gehend, schöne Talblicke. Nach einer Stunde tauchte dann vor uns die Burg Lautenkeim auf.

Die über dem Ort thronende, im 10. Jahrhundert erbaute Mantelburg (Kauenstein) zu besichtigen, sollte trotz des Eintrittspreises von 1 Mk. niemand versäumen. Die Sammeltätigkeit des Besitzers Dr. Meißner hat viele Räume zu einem Museum gestaltet. Fränkisch-thüringische Eigenart ist hier festgehalten. Nirgends tritt aber eine Ermüdung des Besuchers durch Zusammensperren der Schaufläche ein. Unter anderem sehen wir eine schöne Sammlung von Beleuchtungsgegenständen aus vergangenen Jahrhunderten. Von der kunstvollen Schmiedearbeit einer noch nicht so der Maschine und dem Kapital beherrschten Zeit legten viele Schlösser und einige Gittertüren Zeugnis ab. Eine Anzahl Innenräume sind im alten Stil wieder zum Wohnen vorgerichtet. Wer nun eine wohlgefüllte Börse sein eigen nennt, braucht nicht in dem besonders erbauten Burghotel zu schlafen, sondern darf in einem der Burgzimmer wohnen. In dem mit Waldstein versehenen Doppelbett des ehemaligen Burgherren kann der moderne Raubritter ja von den Alten mit dem Kettenpanzer träumen. Nur das elektrische Licht wird den Schlüfer an unsere Zeit erinnern. Da werden die Gedanken schlußföchtig die alten guten Zeiten wieder herbeiwünschen und manch einer möchte das Recht der ersten Nacht wohl im Betriebe herbeiführen, um noch die Ausgaben für das Zugswelbchen zu sparen.

Sinunter ins Loquigtal und auf der Straße nach Rudwigsstadt. In halber Höhe der Talwand ziehen leuchtend die Lokomotiven ihren langen Trug über die Wasserscheide zwischen Main und Saale. Gleich am Eingang des Ortes ist eine Schmiede. Dieser Bruchsteinbau stammt aus der Zeit der ersten Antiedlungen um 900 und diente als Kirche. Im Innern findet man eine Krypta.

Mit der Bahn gelangten wir am Abend noch nach Lehestein. Hatten wir schon im Loquigtal Schieferbrüche beobachtet, so befindet man sich hier im Zentrum dieser Industrie. Von den 1900 Einwohnern sind 1500 in den Steinbrüchen beschäftigt. Im staatlichen Bruch melbeten wir uns im Kontor, hatten Glück und konnten allein durch das Gelände streifen. Wären wir einige Tage früher gekommen, so hätten wir nichts gesehen, denn da feierte alles. Sechs Wochen hatte der Streik gedauert, der mit Abschaffung der Akkordarbeit und einem Durchschnittslöhne von 60 Pf. endete. Kein überlegener Sieg war es, sondern ein Erfolg, der die Härten des Akkords ausschaltete. Gegenüber einem Kohlensticht ist hier alles sauber zu nennen. 84 Meter saugen die Förderförde hinunter. Soviel hat man an der einen Seite dem Berg schon an Höhe abgewonnen. Wo die Talsohle erreicht ist, tritt das Grundwasser hervor. In lange Schuppen werden die gebrochenen Felsstücke gefahren. Dort wird das schlechte Material herausgesehen und das gute in Platten gespalten. Junge Arbeiter reifen die Maße der Dachschiefer an. Andere schneiden auf einem der Pappschere ähnelnden Gerät die Platten zurecht. Ueber 80 verschiedene Größen und Sorten liegen im Freien aufgestapelt. Aber nicht nur kleine Platten werden angefertigt, sondern bei Bedarf auch mehrere Quadratmeter große Stücke. So stammen die auf der Wiener Weltausstellung gezeigten Stücke von hier und mußten der Größe wegen mit Geleitzur Donau transportiert werden.

Auf der Höhe des Wehsteines kamen wir auf den Rennsteig, jenes alten ursprünglich fränkisch-thüringischen Grenzweges. Auf diesen schritten wir über Brennersgrün bis Grumbach und Rodacherbrunn. Die etwa 1 1/2 Stunden betragende Wegstrecke bis Nordhalben konnten wir in einem Flegelauto zurücklegen. Der Marktleden brannte 1858 gänzlich nieder. Befindet sich in Lehestein eine Dachschieferhütte, so ist hier eine Klöppelschule vorhanden. 125 Meter steigt man von der Stadt zum Bahnhof hinab, ist wieder im schönen Rodacher-Tal, um an der Stöffelsmühle in das Dürrenwälder-Tal einzubiegen. Nach zweifelhäftiger Wanderung gelangten wir nach Geroldsgrün. Die Kraftpost von Nordhalben nach Bad Steben schafft es schon in einer halben Stunde. Dem Dorf Geroldsgrün den Stempel der Arbeit aufdrückend, beherrscht der Bau der Faberischen Maschinenfabrik das Bild. Dazu sind noch einige kleinere Maschinenbetriebe vorhanden. Die Textilindustrie blüht aber genau so, wie in den anderen Orten. Der besetzte Kirchplatz erreichte noch unser Interesse.

Der Frankenwald macht seinem Namen alle Ehre, denn wenige Felder sind es, die wir am anderen Tage auf unserem Wege zu überschreiten hatten. Der Großvater ist eine alte, nun am Boden liegende Tanne genannt, die wir zuerst aufsuchten, um dann ins Thimigtal hinabzusteigen. Die Straße war uns zu ausgesetzt. Deshalb kletterten wir quer durch den Wald den Berg hinauf. Unterwegs wurden wir durch reiche Waldbeerensunde belohnt. In den Orten Räumtasch und Gemeinreuth klapperten wieder die Webstühle der Hausweber, da die wenige Waldarbeit nicht für den Unterhalt reicht. Zwischen herrlichen Edelsteinen gelangten wir ins Tal der Wilden Rodach hinab, um es an der Löhmarzmühle wieder zu verlassen. In großen Bogen windet sich hier die Straße nach Pressed hoch. Vor dem Ort hatten wir eine sehr gute Aussicht hinüber ins Frickelgebirge. Auf Kiesel-Devon-Schieferboden wandend, kamen wir in einer Stunde nach Wildenstein. Steil steht sich der Weg zum Waffenhamer im Steinachtal hinunter. Genüßreich war es wieder, durch dieses Tal zu wandern. Das Betreten der Ruine Norded ist der Einsturzesgefahr wegen nicht mehr erlaubt.

Am Rande des Frankenwaldes angelangt, weitet sich jetzt der Blick über Stadt Steinach hinweg zum fränkischen Jura. Nicht den ganzen Frankenwald hatten wir kennengelernt, sondern ein sonst wenig besuchtes, aber volkwirtschaftlich sehr interessantes Gebiet. Von Stadt Steinach führen wir mit dem Autobus nach Untersteinach zur Bahn und mit dieser bis Kumbach.

Schon das Kennen des Namens Kumbach erzeugt im Hirn die Vorstellung von Bier und Brauereien, Außer sechs Großbrauereien befindet sich noch eine große Spinnerei am Orte. Die Stadt wird von der Pfaffenburg überragt. Der im 13. Jahrhundert erbaute Renaissancebau diente von 1800 an als Gefangenanstalt. Im Vorjahre wurde die Strafanstalt aufgelöst und einzelne Räume zur Jugendherberge umgestaltet. Im Orte findet man noch eine Anzahl schöne Bauten und altertümliche Straßen.

## Unterfischlungen

### Der Bezirksverband Rochlitz geschädigt

Beim Bezirksverband Rochlitz wurde bei der Prüfung der Rechnungen und Belege eine Anzahl Unregelmäßigkeiten festgestellt. Man spricht davon, daß sich diese schädigungsweise in Höhe von 3000 Mark auf die Kasse auswirkten. Genauer wird die eingeleitete Untersuchung und Prüfung zutage fördern.

Im Zusammenhang mit der Angelegenheit, die unter der Einwohnerstadt des Bezirks lebhaft besprochen wird, wird der Name Dr. Hercher genannt. Inwieweit dieses Gerücht sich bewahrheitet, konnten wir noch nicht in Erfahrung bringen, da der Bezirksverband Rochlitz noch nichts Amtliches verlautbart hat.

Dr. Hercher liegt seit ungefähr drei Wochen wegen Tuberkulose, hervorgerufen durch ärztliche Behandlung, in einem Chemnitzer Krankenhaus. Der Bezirksausschuß Rochlitz, der bestrebt war, Dr. Hercher weiterhin dem Wohlfahrtsamt des Bezirksverbandes Rochlitz zu erhalten, soll nach Befanntwerden der Dinge von Dr. Hercher abgerückt sein. Auch seine Berufung als Leiter des Arbeitsamtes Burgstädt soll, wie Bestimmungen besagen, wegen der aufgedeckten Unregelmäßigkeiten rückgängig gemacht worden sein.



## Ein diebischer Journalist

Eilenburg besitzt auch ein Blättchen, „Kreislandbund“ genannt. Dieses deutschnationale Organ kann sich nicht genug darin tun, die Gewerkschaften und die SPD auf die gemischte Weise herunterzureißen. Erinnerunglich wird unsern Lesern noch die niederträchtige Schreibweise anlässlich der letzten Sammlung der Arbeiter-Samariter-Kolonie sein. Seine Feder sind eben mit allem zupfeiden. Ab und zu erscheint nun da auch ein Artikel unterm Strich, in dem man allerdings geistlose Kritik vorfindet. Die Nr. 27 des „Kreislandbundes“ brachte auch wieder einmal solch einen Artikel. Man war erstaunt, daß man hier auch einmal einen gut durchgearbeiteten und mit vielem Humor versehenen Artikel entdecken konnte. Gleich fragte man sich: Wer ist der Verfasser? „Im „Kreislandbund“ auf einmal ein prächtiger Erzähler eingetreten? Doch man täuscht sich. Am Schluß dieses Artikels „Kreuz und quer durch den Kreis Delitzsch“ findet man die Buchstaben W. B. Also Herr Wark, der verantwortliche „Redakteur“ vom „Kreislandbund“ soll es sein? Da blättern wir in andern Zeitungen, und siehe da: derselbe Artikel findet sich dort unter der Ueberschrift „Korchen und der Reichsbahndirektor“, und als Verfasser zeichnet der bekannte Humorist Karl Eitlinger-München. Wort für Wort, mit ganz geringen Abänderungen, druckt nun der „Kreislandbund“ den Artikel. Redakteur W. B. Wark diesen Artikel nach und nach einer Verlesung des Urheberrechts schuldig gemacht? Denn wir können es kaum glauben, daß Eitlinger dem „Kreislandbund“-Redakteur die Erlaubnis gegeben hat, unter Eitlingers Artikel W. B. zu setzen, damit es aussieht, als ob auch Wark einmal etwas Geschicktes zutagebringt.

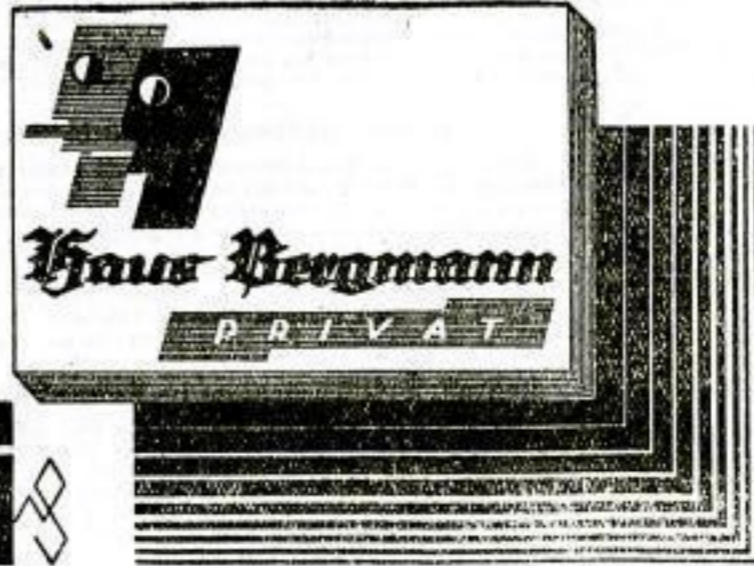
## Schwerer Betriebsunfall

In der Nachtschicht vom Freitag zum Sonnabend, kurz vor Schluß, ereignete sich in der Brille-Fabrikanlage der Breunsdorfer Kohlenwerke ein schwerer Betriebsunfall. Der in dieser Anlage beschäftigte 32 Jahre alte verheiratete Arbeiter Hermann Rabe aus Großschalkelle zwecks Vornahme einer Reparatur die von ihm betraute Kriektpresse ab. In dem Augenblick, wo er mit dem rechten Arm durch das Schwungrad greift, löst der das Rad in Bewegung setzende Kolben noch einmal vorwärts. Diese kurze Umdrehung war für den das Schwungrad sich annehmenden Arbeiter so verhängnisvoll, daß er mit starken Blutergüssen, Arms- und Rückenbruch im bewußtlosen Zustande nach Anlegung der erforderlichen Notverbände nach dem Landestankenhaus Altenburg transportiert werden mußte.

Zweinaundorf. Aus der Gemeindeverordneten-Sitzung. Die Beschlußfassung über ev. Teilnahme am Gemeindefest am 3. und 4. Dezember in Dresden wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt. Den Vorschlägen des Finanzausschusses, die Wertzuwachssteuer und die Feuererschulsteuer nochmals zurückzustellen, wird beigetreten. Der Verkehrsabteilung des hiesigen Siedlungsvereins wird für die herausgegebene Werbestiftung ein Beitrag von 75 Mk. bewilligt. Die Gemeindeverordneten erklärten sich damit einverstanden, daß das Gemeindeamt am 1. und 3. Montag eines jeden Monats von 16 bis 19 Uhr offengehalten wird. Das Hausgrundstück Kirchweg 40 soll für den feilgekauften Preis käuflich erworben werden. Die Stötteritzer Straße ab Gemeindefest bis einschließlich Siedlung „Deutsches Heim“ soll elektrische Straßenbeleuchtung erhalten. Die Kosten betragen gegen 15 000 Mk. Die Stötteritzer Straße soll noch im Laufe dieses Herbstes eingebaut werden. 6 Baugesuche werden unter den üblichen Bedingungen bewilligt. Ueber das Halten von Hunden in der hiesigen Gemeinde sollen drückliche Bestimmungen geschaffen werden. Dem Entwurf über ein einzuflührendes Oblatenbuch wurde zugestimmt. Mit dem Rat der Stadt Leipzig soll wegen der Ortsbeschlüsse in Verbindung getreten werden.

Großsch. Gedächtnisfeier. Eine stattliche Anzahl Gleichgesinnter hatte sich am Sonnabend im Saale des Neuen Schützenhauses eingefunden, um in würdiger Feier rückschauend sich an das vor fünfzig Jahren erlassene Sozialistengesetz zu erinnern. Zwei Tondienstler des Männerchors der Freien Sänger leitete die Veranstaltung ein. Musikalische Darbietungen eines Segetts der Kaufmannischen Kapelle, Rezitationen und Sprechchor der sozialistischen Arbeiterjugend umrahmten das Ganze in sinnvoller Weise. Im Mittelpunkt des Abends stand die Filmvorführung „Am Anfang war das Wort“ und die Worte zur Feier vom Genossen Frenzel-Leipzig. Zeigte der Film in anschaulicher Weise die Verfolgung, Unterdrückung und Schikanierung des damals noch kleinen Sozialdemokraten durch die Organe der herrschenden Klasse, so waren die trefflichen Ausführungen des Genossen Frenzel eine wertvolle Ergänzung des geschauten Bildes. So wie sich im Verlauf unserer Entwicklung die Lassalleaner und die Eisenacher, dann in letzter Zeit die USF und die SW zusammenfanden, ist es eine politische Notwendigkeit, daß sich das gesamte deutsche Proletariat zur erfolgreichen Vollenbung ihrer Aufgabe, Befreiung aller Unterdrückten vom privatkapitalistischen Joch, zusammenfinden muß. Wenn diese Worte des Festredners von allen Anwesenden in ihrer Bedeutung ausgewertet und zur Tat werden, dann wird auch die Stelle des gemeinsam gefungenen Schlusssatzes Wirklichkeit, wo es heißt: „Mit uns der Sieg!“

# Die zwei Qualitätszigaretten



Haus Bergmann-Klasse 5g  
Haus Bergmann-Privat 6g  
Die Zigaretten  
aromatischer Vollendung,  
danken ihren Ruhm der  
traditionellen Qualitäts-  
treue unseres Hauses

Haus Bergmann Zigarettenfabrik 4

